

Verleger: Ernst W. Verlag Hermann...
Verlag: Ernst W. Verlag Hermann...
Verlag: Ernst W. Verlag Hermann...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Ernst W. Verlag Hermann...
Verlag: Ernst W. Verlag Hermann...

Redaktion des Sächsischen Volksblattes
Dresden-Klotzsch 1, Sternstraße 17, A. 1111
und 11022

Ein weltgeschichtlicher Abschluß

Sämtliche Verhandlungen zwischen dem hl. Stuhle und Italien erfolgreich abgeschlossen — Die „römische Frage“ gelöst

Der neue Kirchenstaat

Berlin, 8. Februar.

Wie unser römischer Vertreter meldet, machte Kardinalstaatssekretär Gasparri am Freitagvormittag bei der diplomatischen Konferenz im Staatssekretariat von dem Vertragsabschluß zwischen dem hl. Stuhl und Italien offiziell Mitteilung.

Die Chefs sämtlicher diplomatischen Botschaften am hl. Stuhl wurden Freitag vormittag zu einer Konferenz zusammengerufen. Diese war noch vor 12 Uhr beendet. Die Diplomaten haben sich zu strengem Stillschweigen über den Inhalt der Konferenz verpflichtet. Man rechnet damit, daß spätestens am 12. Februar die Einigung zwischen Italien und der Kurie veröffentlicht wird.

Weiter erklärt unser römischer Vertreter, daß sämtliche zwischen dem hl. Stuhl schwebenden Verhandlungen, die neben den Vertragsverhandlungen über die römische Frage und die Beziehungen zwischen dem italienischen Staate geführt worden sind, zum gütlichen Abschluß gelangt sind.

Kardinalstaatssekretär Gasparri und Mussolini sollen bereits in den nächsten Tagen die Verträge unterzeichnen. Einzelheiten können erst dann bekanntgegeben werden. Die Annahme der Verträge durch die verfassungsmäßigen Faktoren der Regierung erscheint gesichert.

Die römische Presse weist auf ein bei dem päpstlichen Thronassistenten, dem Fürsten Marc Antonio Colonna, am Dienstag nachmittags stattfindenden großen Empfang im historischen Palast hin, der erstmalig seit 1870 zu Ehren des Papstes stattfindet. Zu diesem Empfang sind alle Mitglieder des Kardinal-Kollegiums, die Verwandten des Papstes, das diplomatische Korps, die Prälaturen, der geistliche und der weltliche Hofstaat des Papstes, die Kardinäle, der römische Adel und das Patriziat geladen.

Ueber den Inhalt der getroffenen Vereinbarungen ergeben sich die römischen Wälder in Vermutungen. Besonders umstritten ist die Ausdehnung des neuen Kirchenstaates. Die einen behaupten, daß darin die bekannte Villa Doria Campitelli, die sog. Cinesa Sacchetti usw. enthalten sein werden, andere wiederum sind der Meinung, daß das neue päpstliche Gebiet in nennenswerter Weise kaum über die vatikanischen Gärten reichen werde. Die Anhänger dieser Ansicht behaupten, daß der neue Staat nur wenig über den jetzigen vatikanischen Besitz hinausreichen werde. Man rechnet allerdings bestimmt damit, daß die Straße mit den an ihr liegenden Basiliken, welche hinter St. Peter herum zu den Mauern des Vatikan führt, in das Territorium einbezogen sein werde. In diesem Falle lären höchstwahrscheinlich der Campo Santo der Deutschen, das Museum von St. Peter und der Palast des Heiligen Offiziums im neuen Staat. Gegenüber den Bemerkungen, daß in diesem Falle die Befestigungsanlagen keinen Platz haben würden, um sich in diesem Territorium niederzulassen, wurde von derselben Seite erklärt, daß das auch nicht notwendig sei, weil die Volkshäuser und Gärten dort bleiben würden, wo sie seien. Dabei bleibt die Frage offen, was in einem Streitfalle geschehen

würde, und ob die Volkshäuser dann den italienischen Boden verlassen müßten. — Alle diese Darlegungen sind aber vorläufig, wie nachmals betont sei, lediglich Kombinationen.

Da Papst Pius XI. bekanntlich am Dienstag seine Krönungsfeier begehen wird, die in diesem Jahre zum ersten Male wieder mit einem feierlichen Pontifikat in St. Peter verbunden wird, nimmt man an, daß diese Feier zu einer feierlichen Geste benutzt wird, die den Friedensschluß noch außen kundgibt. Man glaubt, daß während des Gottesdienstes der Papst die Ausöhnung mit Italien *in urbi et orbi* durch eine Rede verkünden und zum Schluß der Feier, wie in früheren Zeiten vor 1870 *in urbi et orbi* den päpstlichen Segen von der äußeren Loggia der Fassade von St. Peter erteilen wird.

Im Zusammenhang mit der Lösung der römischen Frage wird die Möglichkeit erörtert, eine internationale Garantie der Freiheit des Vorkriegs durch Aufnahme des Vatikan in den Völkerbund zu schaffen. Diese Erörterung darf als reichlich verstreut gelten. Gewiß ist jetzt eine wichtige äußere Voraussetzung für einen Beitritt des hl. Stuhls zum Völkerbund erfüllt, nämlich der nach Artikel 1 der Völkerbundcharta erforderliche Besitz der Staateneigenschaft. Viel stärker aber als dieses rein formale Hindernis sprechen sich schon bisher andere innere Gründe gegen den Beitritt des Vatikan zum Völkerbund in seiner gegenwärtigen Struktur. An kompetenten kirchlichen Stellen wurden und werden vornehmlich zwei Argumente geltend gemacht. Einmal wird darauf hingewiesen, daß der hl. Stuhl in der Völkerbundversammlung vollkommen gleich mit allen anderen Völkerbundmitgliedern rangieren würde. Gleichstellung der geistlichen mit der weltlichen Macht, wie sie hierdurch zum Ausdruck kommen würde, könne nicht anerkannt werden. Wählgang unannehmbar ist ferner für den Vatikan der hochbedeutende Artikel 16 des Vorkriegs, der alle Völkerbundmitglieder zur Teilnahme an den sogenannten Völkerbundkonventionen verpflichtet. Der hl. Stuhl könnte in Verfolg dieses Artikels in die unangenehme Lage kommen, welche einer weltlichen Macht auszuhalten zu müssen. Ueber das Gewicht der beiden hier dargelegten Hauptbedenken kann kein Zweifel sein. Sie zeigen, wie unendlich heikel und schwierig das Problem eines Beitritts des Vatikan zum Völkerbund ist.

Die Lösung der römischen Frage bedeutet einen großen Erfolg der vatikanischen Politik, die seit 1871 unbehindert an ihrem Rechtsanspruch festgehalten hat, aber dennoch den veränderten Weltverhältnissen im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen hat. Die deutschen Katholiken freuen sich von ganzem Herzen über diesen Sieg des Rechtsgedankens, ist doch das katholische Deutschland seit der Reichseinigung mit besonderem Eifer für die Befreiung des von einem Verbündeten Deutschlands begangenen Unrecht eingetreten.

Zweifellos bedeutet der Vertrag aber auch für Mussolini einen gewaltigen Gewinn an nationalem und internationalem Ansehen. Crispien hat einmal gesagt, der größte Staatsmann Italiens werde jener sein, der die römische Frage löse. War doch diese Lösung zu einer diplomatischen Quadratur des Kreises geworden, die zu finden, keinem Kabinett des konstitutionellen Systems gelungen ist. Doch der Papst hat nun auch mit dieser Schwierigkeit fertig geworden. So ist die Lösung der römischen Frage ein Musterbeispiel dafür, daß ein Vertrag zwischen Staat und Kirche für beide Seiten von allergrößtem Vorteil sein kann.

Curtius über die Pariser Konferenz

Berlin, 8. Februar.

Auf einem Empfangsabend des Berliner Vereins der auswärtigen Presse hat gestern der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eine große wirtschaftspolitische Rede gehalten, in der er auch auf die heute beginnende Konferenz der Sachverständigen in Paris hinwies:

„Seit der Brüsseler Sachverständigenkonferenz vom Dezember 1920, klarer noch seit der Pariser Sachverständigenkonferenz des Jahres 1922, hat sich bei den beteiligten Regierungen die Erkenntnis durchgesetzt, daß alle Fortschritte in der Reparationsfrage und alle politischen Lösungsvorschläge der Vorbereitung bedürfen. Nach dem Genfer Beschluß der sechs beteiligten Regierungen vom 16. September des vergangenen Jahres sollen deshalb unabhängige Sachverständige Vorschläge für eine vollständige und erdgiebige Regelung des Reparationsproblems ausarbeiten. Bis zur Vorlage solcher Vorschläge hat die Reparationspolitik zu erweichen. Erst wenn sie vorliegen, kann die Regierung — auch sie, wie in den Vorverhandlungen festgestellt ist, in voller Freiheit — Stellung zu nehmen. Dieser Sachlage ist auch die Forderung abwegig, die Reichsregierung

selbst zu dem letzten Bericht des Generalagenten Stellung nehmen. Der Generalagent ist der Vertreter der alliierten Gläubiger. Eine öffentliche Diskussion, eine Polemik mit ihm würde eine Artetymologie der politischen Behandlung der Reparationsfrage erlauben und die Arbeit der Sachverständigen erschweren.“

Curtius kennzeichnet dann die Schwierigkeiten einer richtigen Auswertung des statistischen Materials und fuhr dann fort: „Ist es schon schwer, sich über das, was ist, ein klares und zureichendes Bild zu machen, so häufen sich die Schwierigkeiten, wenn man aus den vorhandenen Gegebenheiten und den sich anbietenden Tendenzen auf lange Zeit hinaus ein Urteil über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes fällen will. Noch schwerer ist aber die weltwirtschaftliche Gesamtlage, von der auch die Entlastungsmöglichkeiten des einzelnen Volkes abhängen, im voraus zu übersehen. Man braucht nur an die Entlastung der Genfer Weltwirtschaftskonferenz vom Jahre 1927 und deren Vöher nur spärliche Erfüllung, um die Tendenzen auf die Schaffung in sich wirtschaftlich völlig abgeschlossener großer Gebiete, an die bei einem dereinstigen vollen Wiedereintritt Rußlands in die Weltwirtschaft außerordentliche Probleme zu denken, um zu sehen, wie viele Unbekannte die Gleichung hat, und welche Vorlicht notwendig ist, um Regelungen zu treffen, die den verschiedenen in dieser Unwissenheit liegenden Möglichkeiten gerecht werden. Die schwere hiernach den Sachverständigen obliegende Aufgabe muß die deutsche Presse durch möglichste Disziplinierung der öffentlichen Meinung unterstützen.“

Politik und Beamtentum

Von

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Dittmann.

Die Erkenntnis, daß das Berufsbeamtentum auch für den modernen Staat unentbehrlich ist, hat sich seit dem durch die Weimarer Verfassung vollzogenen Neubau des Reiches in immer weiteren Kreisen praktisch durchgesetzt. Durch Artikel 139 der Reichsverfassung, der die Beamten zu Dienern der Gesamtheit erklärt und ihnen gleichzeitig die volle staatsbürgerliche Freiheit in Ausübung der politischen Rechte zusichert, ist nicht nur die Stellung der Beamten im Rahmen des Volkes festgelegt, sondern auch das Recht des einzelnen Beamten zu persönlicher politischer Mitarbeit gleich jedem anderen Deutschen gewährleistet. Doch von dem dem Beamtentum gebührenden Spielraum zur freien politischen Betätigung weitgehender Gebrauch gemacht worden ist, ist bekannt. Die besondere innere Verbundenheit mit dem Staat, die sich für den Beamten bereits aus der Tatsache seines Amtes ergibt, hat in erster Linie dazu beigetragen. Bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen hat gewiß auch die Tatsache mitgewirkt, daß Verfassung und Gesetz aus guten Gründen dem Beamten bei der wichtigsten Betätigung auf politischem Gebiet, der Übernahme eines parlamentarischen Amtes zu Reich, Land und Gemeinde, eine Sonderstellung gegenüber den übrigen Berufsständen einräumen. Der Beamte bedarf zur Ausübung des Mandats seines Amtes und bezieht sein Einkommen ohne Unterbrechung und Anrechnung der Diäten weiter.

Die Stellung des Beamten im politischen Leben des deutschen Volkes erscheint hiernach durch Verfassung und Übung so gesichert, daß der Versuch einer politischen Neustrukturierung und Befreiung der politischen Rechte des Beamtentums auf den ersten Blick aussichtslos erscheint. Gleichwohl gibt die Tatsache zu Bedenken Anlaß, daß in den letzten Jahren die Stimmen immer lauter geworden sind, die als erstrebenswertes Ziel die Ausschaltung des Beamtentums aus der Politik, die in der parlamentarisch-demokratischen Republik von der Betätigung innerhalb einer bestimmten politischen Partei nicht zu trennen ist, fordern. Wenn auch diese Gedankenänge zur Zeit meist nur in theoretisch-akademischer Form artikuliert werden, so kann doch damit leicht auch praktische Entwicklung angebahnt werden, die in Zukunft auf eine politische Entrechtung des Beamten hinausläuft. Nicht nur der Beamte, der sich stolz als gleichberechtigter Staatsbürger der demokratischen Republik fühlt und dem der Gedanke einer politischen Ausgliederung unerträglich erscheint, sondern auch die Allgemeinheit als Verkörperung und Träger des nationalen Willens, haben die Pflicht, zu diesen Forderungen kritisch Stellung zu nehmen und sie auf ihre innere Berechtigung zu prüfen.

Die weitgehendste Forderung verlangt die Ausschaltung des Beamtentums von der Politik und damit von der parteipolitischen Betätigung überhaupt. Sie behauptet, daß die Regelung der Reichsverfassung, die den Beamten im Dienst entpolitisiert und zum Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei, erhebt, in seinem Privatleben die Betätigung im Kampf der Partei um die politische Macht freigibt, an innerer Unwahrscheinlichkeit leide und der Tatsache der Unteilbarkeit der menschlichen Psyche spottet. Sie will die staatspolitische Mission des Beamtentums darin erfüllt und abgeschlossen sehen, daß es als ruhender Pol in der politischen Erscheinungen flucht den reinen Staatsgedanken verkörpert und weniger neue politische Werte schafft als vorhandene bewahrt. Die letztere Forderung erscheint sehr ideal gedacht, ist es aber keineswegs; der von ihren Verfechtern gegen die Regelung der Reichsverfassung zu Unrecht erhobene Vorwurf der inneren Unwahrscheinlichkeit gilt für sie in vollem Ausmaß. Naturgemäß kann die rein theoretische Beschäftigung auch einem als Gralschützer des reinen und unverfälschten Staatsgedankens gedachten Beamten nicht verweigert werden. Die menschliche Psyche wird sich aber meist mit einer solchen rein betrachtenden Betätigung nicht zufrieden geben und zum mindesten unbewußt der gewonnenen Ueberzeugung Ausdruck zu geben versuchen. Das, was die Anhänger der Entpolitisierung erreichen wollen, wird ins Gegenteil verkehrt. Schleicht man den Beamten von dem lebendigen Strom des politischen Lebens aus, verbietet man ihm im freien Verkehr und Wettbewerb mit den übrigen Volksmassen seine politischen Ideale zum Wohle der Partei und damit des größeren Ganzen praktisch zu verwirklichen, so schafft man damit vollstrebende Amtsträger, die bestenfalls auf Grund ihrer speziellen Berufserkenntnisse mechanische Arbeit verrichten, aber in traditionellen Formen erstarrten. Mühte nicht die Tatsache bedenken zu lassen, daß z. B. bei den loa. Kautzlandalen der vorerwähnten Jahre die Schul-

Die heutige Nummer enthält das St. Venus-Blatt, das Sonntagblatt für die Dörfle Weigen.

Die „Schuldfrage“

Pressestimmen zum Ausscheiden des Zentrums aus dem Kabinett Müller

Die Tatsache, daß das Zentrum zum ersten Male seit dem Bestehen des republikanischen Staates aus der Reichsregierung ausgeschieden ist, gibt naturgemäß der Presse zu lebhaften Erörterungen Anlaß. Dabei wird die Frage, warum es zu diesem Schritt gekommen ist, ebenso sehr diskutiert, wie die andere Frage, welchen Weg die Politik der Reichsregierung angesichts der neuen Stellung der Zentrumsregierung nehmen wird. Was die erste Frage anlangt, so war von vornherein zu erwarten, daß die Gegenspieler des Zentrums in den letzten Auseinandersetzungen kein Verständnis für die von ihm gezogenen Konsequenzen zeigen würden. Für sie ist die „Schuldfrage“ sehr einfach damit gelöst, daß sie dem Zentrum mit der Sicherheit des Interesses die gesamte Verantwortung für die Vorgänge der letzten Tage zuweisen. Es ist selbstverständlich, daß sich vor allem die liberal-demokratische Presse in diesem Sinne zu Ausführungen verleiht, die nur ganz selten den Lichtpunkt eines sachlichen Gedankens zeigen. Es ist ebenso verständlich, daß in dieser Art der Stellungnahme das „Berliner Tageblatt“ an der Spitze marschiert. Es bezeichnet den Schritt des Zentrums kurz und bündig als „verantwortungslos“, spricht von Irrweg und Desertion und erblickt die einzigen Gründe des Zentrums darin, daß „das Ministerium für die befehligen Gebiete nicht schon heute, sondern erst morgen oder übermorgen einen eigenen Zentrumsminister bekommen soll“. Dabei wird immerhin ein Zugeständnis gemacht, das eine Frage berührt, die u. a. auch für die Haltung des Zentrums maßgebend war. Das Blatt schreibt nämlich:

Dabei braucht man nicht zu verschweigen, daß die Art, wie die Große Koalition sozusagen auf Abzählung gebildet, wie der Zentrumsminister für die befehligen Gebiete (Lipmann) unter einer ausstehenden Bedingung ernannt werden sollte, höchst unerfreulich und mit dem Geist der Verfassung schwerlich vereinbar ist.

Wenn das Blatt den Grund dieses Uebels in den „Novemberabmachungen“ des vorigen Jahres sieht, in der man sich dahin verständigt habe, die Koalition im Reich erst dann zu ratifizieren, wenn die Umgestaltung in Preußen vollzogen sei, so ist das ein Irrtum. Denn eine solche Abmachung hat es einfach nicht gegeben. Auch die „Vossische Zeitung“, im Tone gleich, macht sich die Sache sehr leicht. Auch sie glaubt die Haltung des Zentrums damit begründen und belächeln zu dürfen, daß der Minister für die befehligen Gebiete noch einige Tage auf sein Ernennungsdekret warten sollen und eine neue Parteileitung den Ehrgeiz habe zu zeigen, daß sie auftrumpfen könne. Das Blatt glaubt im übrigen behaupten zu dürfen, daß die Zentrumsfraktion nicht einzig gewesen sei und ihre Verhandlungsführer „im Fraktionszimmer einer mit jedem Tage scharfer und bitterer werdenden Kritik ausgesetzt gewesen seien“. Hierzu stellen wir ausdrücklich fest, daß alle an den letzten Entscheidungen beteiligten Instanzen der Partei ihre Beschlüsse einmütig gefaßt haben und die hier behauptete Kritik der Verhandlungsführung eine glatte Unwahrheit darstellt.

Der „Berliner Börsen-Courier“ gibt immerhin zu, daß der Reichsanwalt und auch die Deutsche Volkspartei noch die Möglichkeit hatten, die Krise zu vermeiden. Er schreibt nämlich bezugnehmend auf den letzten Vorschlag des Zentrums:

„Der Volkspartei genügte dieses Zugeständnis nicht. Sie beharrte auf gleichzeitiger Umbildung im Reich und in Preußen. Und so kam es zu dem Abbruch der Koalitionsverhandlungen, der bei einigermaßen gutem Willen von Volkspartei und Zentrum vermeidbar gewesen wäre. — Vielleicht wäre die Regierungsfähigkeit dadurch zu erreichen gewesen, daß der Reichsanwalt ohne Rücksicht auf die verschiedenen Fraktionsbedenken die beiden Zentrumsminister einfach ernannt hätte. Die Volkspartei hätte in dem Augenblick der Reparationsverhandlungen, die nur unter der Leitung von Dr. Stresemann und Dr. Curtius verantwortungsfähig geführt werden können, diese beiden Minister nicht zurückziehen können und ihr Verbleiben im Kabinett aus Lokalitätsgründen die schnelle Schaffung der Großen Koalition in Preußen bewirkt.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist selbstverständlich von der völligen Unschuld der Deutschen Volkspartei überzeugt. Sie gibt gewisse Hoffnungen wieder, daß eine Verständigung doch noch erzielt werden könnte:

Trotz des notorischen Mißerfolges der langwierigen Verhandlungen um die Große Koalition hat man in manchen parlamentarischen Kreisen noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß etwa eine Verständigung erzielt werden könnte. Man spricht so gar von der Möglichkeit, die ganze Frage der Kabinettsbildung von Grund aus wieder aufzurollen. Bei einem solchen Versuch würde man vornehmlich sehr bald wieder auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen wie jetzt. Vor allem dürfte es für den außenpolitischen Gesichtspunkt, den auch das Zentrum in den Vordergrund seiner Wünsche nach fester Koalition gerückt hatte: für die Stabilisierung des Kabinetts vor den Tributverhandlungen, zu spät geworden sein.“

Der „Vorwärts“ gibt die Ausführungen des Sozialdemokratischen Präsidiums wieder, die den Schritt des Zentrums in schärfer Bundesgenossenschaft mit dem „Berliner Tageblatt“ als verantwortungslos bezeichnen; wobei wir der Sozialdemokratie den Rat geben müssen, gerade mit dieser Bezeichnung aus guten Gründen doch etwas vorsichtiger zu sein.

Zu all diesen Äußerungen bemerken wir, daß das Zentrum sich diesen Schritt, nachdem es zehn Jahre lang mit schwerer aber müßig getragener Verantwortung im Staate gearbeitet hat, sehr reiflich überlegt und ihn einmütig vollzogen hat. Es hätte diese Verantwortung auch weiter getragen, wenn die unvermeidbaren Voraussetzungen geschaffen wären, ohne die es bei den schwierigen Aufgaben der Zukunft nicht übernehmen konnte und durfte. Diese Aufgaben liegen im Reich, und wenn es in diesen Tagen eine Schuld gab, so ist es die, daß die Deutsche Volkspartei die Verhandlungen an der preussischen Frage scheitern ließ.

merkten offenbar vorher „Friede“ geschlossen worden war. Wenigstens konnte einer der Zeugen einen kurzen Schriftwechsel zwischen dem Angeklagten der Zimmerleute und dem Vorstehenden von „Immeritru“ vorlesen, aus dem zu ersehen war, daß die Feindseligkeiten eingestellt worden seien. Auf Grund dieser Vereinbarung beobachteten alle Zeugen größte Zurückhaltung, so daß ein einwandfreies Bild vom Verlauf der Schlichterei nicht zu gewinnen war.

Die Bluttat in Hagen

Hagen (Kreis Hagen), 7. Februar.

Zu der versonnen Bluttat wird ergänzend gemeldet, daß der ermordete Gemeindevorsteher Wittsch am Montag nachmittag an einer Weerdigung teilgenommen hatte, so daß sich die Frauen allein im Hause befanden. Von dieser Weerdigung muß Wittsch gegen 5 Uhr nachmittags zurückgekehrt sein und hat bei seiner Rückkehr vermutlich den oder die Täter überfallen, was aus dem Umstand zu schließen ist, daß er an der Eingangstür seiner Wohnung erschossen aufgefunden wurde. Die Frauen, deren Leichen schwere Schädelverletzungen aufwiesen, sind anscheinend mit einer Art oder einem harten Gegenstand erschlagen worden. Ob der Pflegerin Wittsch, der sich schon seit seiner Schulzeit im Dienste der Familie Wittsch befand und die Dienste eines Knächtes versah, als der alleinige Täter in Frage kommt, steht noch nicht fest. Die Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind noch im Gange.

Wie über die ärztliche Untersuchung der vom 16 Jahre alten Pflegerin Wittsch ermordeten Familienmitglieder des Gemeindevorstehers Wittschs verläutet, sind die Ermordeten alle durch Schüsse getötet worden, nicht nur Wittschs allein, wie zuerst berichtet worden war. Die Lage der Frau und der Tochter des Wittschs läßt darauf schließen, daß sie von dem Unhold verunglückt worden waren.

Vorläufig bleibt es so!

Der neue Kälteeinbruch.

Die neue Kälteperiode, die auf Kaltluftmassen aus Rußland zurückzuführen ist, hat sich inzwischen über ganz Deutschland ausgebreitet. Durchschnittlich maß man in Norddeutschland Temperaturen von minus 15 bis minus 20 Grad. In der Berliner Innenstadt war die tiefste Temperatur minus 18 Grad, in der näheren Umgebung sank sie bis auf minus 22 Grad. Die kältesten Temperaturen hatte Schlesien zu verzeichnen, wo stellenweise bis minus 25 Grad gemessen wurden. Dagegen ist in Ostpreußen das Thermometer etwas gestiegen. Man maß minus 18 Grad gegenüber 27 Grad gestern. In Nordwestdeutschland liegen die Temperaturen durchschnittlich um einige Grade höher.

In Südwestdeutschland, das bisher von den kalten Luftmassen noch nicht betroffen ist, betragen die Durchschnittstemperaturen minus 6 bis 8 Grad, in München minus 6 Grad, in Frankfurt a. Main minus 7 Grad, in Karlsruhe sogar nur minus 2 Grad. Küstengewässliche Temperaturen

maß man auch an der Nordseeküste, durchschnittlich minus 9 bis minus 14 Grad. Nach Ansicht der Wetterfachverständigen ist vorläufig mit einer Wilderung des Wetters oder gar mit Tauwetter nicht zu rechnen, da nach den letzten Beobachtungen ein Ende der Frostperiode noch nicht abzusehen ist.

Großfeuer bei Opel

Frankfurt a. M., 7. Februar.

Während der Mittagspause gerieten neu erbaute Lagerhallen der Opel-Werke in Brand. Trotz sofortigen Eingreifens der Berufsfeuerwehr griff wegen des herrschenden Sturmes das Feuer rasend um sich, so daß im Verlauf weniger Minuten die Lagerhallen in einer Front von 150 bis 200 Metern in Flammen standen. Trotz mehrfacher Benzinexplosionen gelang es, die Nachbargebäude abzutrennen, doch sind die Lagerhallen selbst mit ihrem Inhalt, den zahlreichen eingefahrenen Waggons, elektrischen Zugmaschinen und sämtlichen Borräten, dem Feuer zum Opfer gefallen. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden wird auf 500 bis 600000 Mark geschätzt. Er soll durch Versicherung gedeckt sein.

Pariser Warenhaus abgebrannt

Paris, 6. Februar.

In einem großen Warenhause des Quartiers Madeleine brach heute nachmittag aus noch nicht festgestellten Ursache ein Brand aus, der auf alle Räume übergrieff. Trotz des sofortigen Eingreifens der Feuerwehr konnte das Gebäude nicht gerettet werden. Es klappte in sich zusammen. Mehrere Personen wurden verletzt.

Das zerstörte Warenhaus war aus Holz errichtet und bedeckte eine Fläche von 1200 Quadratmetern. Die angrenzenden Gebäude konnten gerettet werden. Zwei Arbeiter sind lebensgefährlich verletzt worden. Die Ursache des Brandes ist eine — wie man annimmt, auf Kurzschluß zurückzuführende — Explosion.

Das Eis der Elbe

Mies, 8. Februar.

Obwohl die Elbe auch hier hartes Treibeis führt, hat sich doch noch keine feste Decke über den Strom gebildet. Der Eiswettbewerb nach Bromm kann immer noch verlesen werden. Gestern wurden an der Elbe 22 Grad unter Null gemessen; und es ist zu erwarten, daß das Eis auch hier in den nächsten Tagen zum Schmelzen kommt.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Allgemein Abklingen der Kälteperiode und damit langames Nachlassen des Frostes. Vorerst aber noch ziemlich halt, wolfig, keine oder nur brüchig unbedeutende Niederschläge. Schwache bis mäßige Winde veränderlicher Richtung.

Wegen soll stets Außerlich „korrekte Beamte“ waren, die sich von parteipolitischen Betätigung traditionsgemäß fernhielten und damit jede Verbindung mit der Denkungs- und Anschauungsweise der politisch anders eingestellten Volksschichten verloren hatten. Nicht der politisch indifferente, sondern der politisch geschulte Beamte wird die richtige Einstellung zu seiner Aufgabe gewinnen. Mittler zwischen Staat und Volk zu sein und verständnisvoll alles zu vermeiden wissen, was Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit seiner Amtsführung zu erwecken geeignet ist. Gerade von ihm ist am wenigsten eine Politisierung der Justiz oder Verwaltung im Sinne der Auslieferung seines Amtes an eine bestimmte Partei zu befürchten. Begrifflich und praktisch berührt die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei die innere Verbundenheit des Beamten zum Staate nicht im mindesten.

In der Erkenntnis, daß ein völliges Verbot politischer Betätigung für die Beamenschaft einer sachlichen Nachprüfung nicht handhelt, begnügt man sich z. T. damit, den Ausschluß des Berufsbeamtentums vom aktiven und passiven Wahlrecht zu fordern. In ersterer Beziehung verweist man auf das Reichswahlgesetz, das den Angehörigen des deutschen Reichsheeres und der Reichsmarine das aktive Wahlrecht genommen hat. Aufbau und Aufgaben der Reichswehr und der Beamenschaft weisen also im einzelnen die stehenden Unterschiede auf, so daß ein Vergleich unmöglich ist. Der Grundgedanke der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen, auf der das Weimarer Verfassungsgesetz überhaupt wurzelt und aus dem es seine innere Berechtigung herleitet, erhalte einen tödlichen Stoß, wenn ohne zwingenden Anlaß einem erheblichen Teil der Staatsbürger das primitivste und zugleich höchste Recht der Teilnahme an der Bildung des Gesamtwillens der Nation genommen würde. Die mit Recht beklagte Interessentlosigkeit weiterer Volksteile an Wahlen zu Zentral- und Gemeindeparslamenten würde weiterhin aus erheblichen gesteigert werden, wollte man große und politisch besonders interessierte Volksteile von der Wahlurne gänzlich ausschließen.

Noch unannehmlarer wäre ein Ausschluß der Beamten vom passiven Wahlrecht. Die Behauptung, daß der beamtete Parlamentarier Gefahr laufe, mit seinen Pflichten als Untergebener und Volkvertreter in Konflikt zu geraten, in Besoldungsangelegenheiten als Vertrauensmann berufständlicher Verbände Sonderinteressen, die auch seine eigenen seien, vor denen des gemeinen Wohls den Vorzug zu geben und überdies besonders leicht der Versuchung ausgelegt sei, mit Hilfe seines parlamentarischen Einflusses unzulässigerweise in den inneren Geschäftsgang der Verwaltungsbehörden einzugreifen, schlägt nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht durch. Eine Kollision der allgemeinen Interessen des Staates mit denen der Beamenschaft, veranlaßt durch die Doppelseigenschaft beamteter Parlamentarier ist praktisch nie in die Erscheinung getreten, zumal die Vertreter der übrigen Berufsstände das gebotene Korrelat darstellen. Gerade im parlamentarischen Leben der demokratischen Republik ist der Berufsbeamte mehr denn je als wertvolle, ja unentbehrliche Kraft in den Vordergrund getreten, da seine Vertretung mit den Lebensnotwendigkeiten des Staates, seiner Organe und Einrichtungen für die gesetzgebende Arbeit unersetzbar ist. Wollte man die Mitarbeit des beamteten Parlamentarier überhaupt ausschließen, so würde dies einen Verzicht auf einen wesentlichen Teil der bestbefähigten Kräfte bedeuten und letzten Endes weniger das Beamtentum als den Staat selbst schädigen.

Die Geschichte der deutschen Zentrumsparlei von ihrer Gründung an ist ein Kampf um die Rechte des Volkes und damit auch der Beamenschaft gewesen. In einer Zeit, als andere den Gedanken des Berufsbeamtentums programmatisch verwarfen oder den Beamten nur als Handlanger und willkürliches Organ dynastischer Spitzen betrachteten, ist gerade sie die Vorläuferin für die freie politische Betätigung der deutschen Beamten gewesen. Das klassische Werk von Karl Baumbach „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei“, dessen fünfter Band soeben erschienen ist, bietet hierfür eine überreiche Fülle von Beweisen. Für den deutschen in christlicher Weltanschauung wurzelnden Beamten gilt daher die Mahnung: Treue dem republikanischen Staat, aber auch Treue der alten Zentrumsparlei.

Will Trocki doch nach Deutschland?

Konno, 7. Februar.

Wie aus Moskau gemeldet wird, bleibt der Plan über die Einreise Trockis nach Deutschland unverändert. Er habe zwar beim deutschen Generalkonsul noch keinen Antrag auf Erteilung der Einreiseerlaubnis nach Berlin gestellt; jedoch werde in unterrichteten Kreisen erklärt, daß Trocki noch im Laufe dieser Woche einen solchen Antrag stellen werde und zwar durch Vermittlung des Konsulnassistenten. Trocki sei bereits der Auslandsnachricht ausgeklüfft worden. Trocki beabsichtige jedoch in Deutschland nur ein Jahr zu bleiben.

Der „Immeritru“-Prozess

Berlin, 8. Februar.

Im Prozeß gegen die Mitglieder des Straßensassen-Bereins „Immeritru“ wegen der bekannten Schlägereien mit Hamburger Immeritruen am Schiefen Bahnhof stellte der Staatsanwalt gestern folgende Strafanträge: Gegen den Angeklagten Zeit, den zweiten Vorsitzenden des Vereins, wegen schweren Landfriedensbruchs, Zusammenrottung und Raubhandel ein Jahr sechs Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen die Angeklagten Pietzka und Laas wegen einfachen Landfriedensbruchs je sechs Monate Gefängnis, gegen die Angeklagten Franke und Schulz aus demselben Delikt fünf bzw. vier Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Höhne vier Wochen Gefängnis, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Außerdem soll sämtlichen Angeklagten die Untersuchungshaft angerechnet werden.

Gegen diese Strafanträge wandten sich die Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hübner und Rechtsanwalt Vassile. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Verhandlung auf Sonnabend verlegt. Im Laufe des Sonnabends ist die Urteilsvorbereitung zu erwarten.

Zum Verlauf des Prozesses wäre zu bemerken, daß zwischen den „Immeritru“-Leuten und den Hamburger Im-

3
In
Kauf
de
ohne
Zu
Deut
allen
zwei
es zu
Als
weil
zur
mit
die
W
nat
W
Sozial
mun
richt
Brä
Schimp
Grund
verläß
Als
wieder
Er un
der
dass
Ab
ordn
geje
Die
den
To
wieder
A
Fuhr
Kläre
bi
zulass
viel
er un
erba
Ein
Sache
ordn
Ter
ter
Berat
Frau
das
W
d
d
er
demokr
spiel
bern
fin
Ab
tung
in
Sinne
geüb
ständ
qu
jurist
Ab
Dem
entzieh
kritisi
W
frage
Da
Wort
en
Präsi
haben
rungen
bei
eine
W
traue

Zwischenfälle im Reichstag

Der rumänische Vertrag angenommen — Das Arbeiterschutzgesetz

Ausschluß zweier Kommunisten

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst ein Antrag der Wirtschaftspartei über die Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsgesetz ohne Ausnahme dem Steuer-Ausschuß überwiesen. Das Protokoll zum deutsch-französischen Handelsabkommen und über den deutsch-französischen Warenaustausch im Saargebiet wurde in allen drei Lesungen angenommen. Bei der dann folgenden zweiten Beratung des deutsch-italienischen Handelsvertrages kam es zu einem

heftigen Zwischenfall.

Als der Abg. Kollwitz (Komm.) auf die litauischen Ausweisungsmassnahmen einging, wurde er vom Präsidenten Löbe auf die Tagesordnung verwiesen. Abg. Kollwitz schloß mit dem Auf: „Nieder mit der Herrscher-Regierung Bolschewas!“ Als Präsident Löbe diese Bezeichnung rügte, antwortete Abg. Kollwitz: „Sie haben natürlich die Aufgabe, die Denter zu schlingen!“

Präs. Löbe erklärte darauf: Das ist eine solche Ungehörigkeit, daß ich Sie auffordere, den Saal zu verlassen! Abg. Kollwitz entsetzte sich unter lebhaftem Klatschen der Sozialdemokraten langsam aus dem Saale. Von den Kommunisten wurden Schmährufe gegen die Sozialdemokraten gerichtet.

Präs. Löbe: Herr Abg. Hörnie, Sie haben so häßliche Beschimpfungen wie „Hunde“ usw. gebraucht, daß ich Sie auf Grund § 91 der Geschäftsordnung auffordere, den Saal zu verlassen.

Als Abg. Hönke (Komm.) dieser Aufforderung nicht folgte, wiederholt der Präsident seine Aufforderung zum zweiten Male. Er unterbrach dann die Sitzung um 5 Minuten und stellte nach der Pause, während der sich Abg. Hörnie entfernt hatte, fest, daß Abg. Hörnie sich durch seinen Widerstand gegen die Anordnung des Präsidenten den Ausschluß für acht Sitzungen zugezogen habe.

Die Kommunisten unterbrachen die Erklärung des Präsidenten durch lebhaften Jubel. Die kommunistischen Abg. Torgler, Jabsch und Müller-Hannover werden wiederholt zur Ordnung gerufen. Präs. Löbe erinnerte an das Auftreten der Kommunisten in den drei letzten Sitzungen und fuhr unruhig dem lebhaften Beifall der Mehrheit fort: Ich erkläre hier ausdrücklich, daß ich so etwas weiterhin nicht mehr zulassen werde. Ich werde gegen jeden Abgeordneten, gleichviel welcher Partei, von dem mir glaubhaft gemacht wird, daß er unzulässige und beschimpfende Worte gegen andere Abgeordnete verwendet, mit derselben Energie einschreiten.

Eine Wortmeldung des Abg. Stöcker (Komm.) zu dieser Sache wies der Präsident mit dem Hinweis auf den geschäftsordnungsrechtlichen Widerspruch zurück.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag wurde dann in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgte die zweite Beratung des deutsch-rumänischen Finanzabkommens. Abg. Frau Ender (Soz.) begrüßte für ihre Partei dieses Abkommen, das vielfach vom heftigen friedlichen Verständnis getragen sei. Abg. v. Hindenburg-Wildau (D.) äußerte seine Freude darüber, daß er in diesem Falle vollkommen einig sei mit der sozialdemokratischen Rednerin. Es wäre zu wünschen, daß das Beispiel dieses Vertragsabkommens Nachahmung bei anderen Ländern findet.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) äußerte gleichfalls seine Genugtuung über diesen Vertrag, der ein Friedensvertrag im wahren Sinne des Wortes sei. Er sei das Produkt der seit Jahren geübten und bewährten deutschen Verzichtspolitik. Verständigung der Völker sei immer besser als das Suchen nach juristischen Vertragsformeln.

Abg. Ende (Komm.) bekämpfte den Vertrag. Dem Abg. Ende drohte Präsident Löbe wiederholt Wortentziehung an, wenn er nicht zur Sache komme. Abg. Ende folgte weiter die rumänischen Regierungsmethoden.

Präsident Löbe unterbrach daraufhin den Redner und befragte das Haus, ob es den Abg. Ende noch weiter hören wolle. Da sich nur die Kommunisten erhoben, wurde dem Redner das Wort entzogen. Von den Kommunisten kamen Rufe gegen den Präsidenten: „Der neue Januskaewski! Er will uns alle raus haben!“ — Dem Abg. Torgler erteilte der Präsident zwei Ordnungsrufe mit der Androhung der Ausweisung aus dem Saale bei einem weiteren Verstoß.

Abg. Traub (D. Rp.) erklärte in der Fortsetzung der Aussprache, die Volkspartei beziehe den Vertrag wegen seiner un-

gen Tendenz und deswegen, weil er dem Begriff der Unverletzbarkeit des Privateigentums wieder eine Stärkung gebe.

Abg. Dr. Bernburg (Zem.) bezeichnete den Vertrag als einen großen Fortschritt. Damit sei wieder ein Teil des Trümmerfeldes aufgeräumt, das durch den Versailler Vertrag geschaffen wurde.

Damit war die Aussprache geschlossen. Der Vertrag wurde in zweiter und dritter Beratung gegen die Kommunisten angenommen.

Reichsarbeitsminister Wiffel begründete hierauf den Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes, der zur ersten Beratung liegt. Der Minister wies darauf hin, daß die Verheißung eines einheitlichen Arbeitsrechts in der Verfassung noch nicht verwirklicht sei. Eines der wichtigsten Teilgebiete sei das Arbeitschutzrecht, das dringend des Neus und Umbaus bedürfe. Jetzt herrsche auf diesem Gebiete eine Buntfarbigkeit und Zersplitterung, die gleichermäßen ungenügend für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Kodifizierung der verschiedenen Arbeiterschutzbestimmungen werde verstärkt durch die Mitgliedschaft Deutschlands bei der Internationalen Arbeitsorganisation. Demnach wird dem Reichstag der Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes vorgelegt, für das das Arbeitschutzgesetz die notwendige Grundlage bilden muß. Auf dieser Grundlage werden dann auch die Semanordnungen, das Recht der Landarbeiter, das Tarifvertragsgesetz und andere Rechtsmaterien auf- und umgebaut werden.

Das Arbeiterschutzgesetz bringt uns nicht nur formal auf dem Wege zum einheitlichen Arbeitsrecht vorwärts, sondern es bedeutet auch einen wichtigen sozialpolitischen Fortschritt durch die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Arbeiterschutzbestimmungen. — Der Minister ging dann auf die einzelnen Kapitel der Vorlage ein und erklärte, daß der Entwurf seine Grundzüge

finden werde durch weitere Vorlagen. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß aus den Ausschussverhandlungen ein Gesetz hervorgehen werde, das in der Geltung und Kräftigung der deutschen Arbeiterkraft und der Einheit des deutschen Arbeitsrechts einen großen und glücklichen Fortschritt darstellt. (Beifall.)

In der Aussprache bezeichnete es Abg. Dr. Moldenhauer (D. Rp.) als praktischer, erst das Vergarbeitschutzgesetz abzuwarten, um dann über beide Vorlagen gemeinsam zu beraten. Wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens sei eine Notwendigkeit zur Vorlage des Gesetzentwurfs auch nicht gegeben. Der jetzigen bedrängten Lage der Wirtschaft werde der Entwurf nicht gerecht, besonders nicht in den Arbeitszeitbestimmungen. Das größte Bedenken fordere der Entwurf dadurch heraus, daß er zu sehr abgestuft sei auf die Großindustrie und Großhandel und nicht genug Rücksicht nehme auf Handwerk und Einzelhandel. Wir werden an dem Gesetz mitarbeiten in der Absicht, einen wertvollen Beitrag der Arbeiterkraft zu leisten, aber auch die Produktivität der Wirtschaft zu sichern.

Abg. Graumann (Soz.) erkannte an, daß im Tarifvertragswesen die freie Vereinbarung vorzuziehen sei, der gesetzliche Zwang lasse sich aber nicht vermeiden. Die Durchführung des gleichlichen Achtstundentages, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei eine Forderung aller Gewerkschaftsorganisationen, nicht nur der sozialistisch orientierten. Der vorliegende Gesetzentwurf enttäuscht die Gewerkschaften. Wir werden versuchen, die Vorlage zu verbessern. Unsere Stellungnahme wird von der Gestaltung der Sonderregelungen abhängen. Der Redner beantragt die Ueberweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Abg. Haetmann (D. K.) gab für seine Fraktion eine kurze Erklärung ab, in der ausgesagt wird, den Fraktionen müsse genügend Zeit gelassen werden, die umfangreiche Vorlage eingehend zu studieren. Die Deutschnationalen mühten sich ihre Stellungnahme für die Ausschussberatung vorbehalten.

Um 5.30 Uhr wurde die 2. Beratung auf Freitag, 12 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem die Erwerbslosen-Anträge und kleinere Vorlagen.

Staat und Berufsstände

Ein Vortragsabend im Dresdner KKB.

Dresden, 8. Februar.

Der katholisch-kaufmännische Verein „Columbus“ hatte gestern Abend Herrn Peter Horn von der Berliner Verbandsleitung der K. K. B. zu Gast. In einem außerordentlich inhaltsreichen Referat behandelte Peter Horn das Thema „Staat und Berufsstände“, wobei er auch auf die grundsätzliche Einstellung des Verbandes der K. K. B. zu den benennenden wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen einging.

Der Redner erinnerte zunächst an den zehnten Jahrestag des Zusammentritts der deutschen Nationalversammlung in Weimar und betonte, daß leider heute nach zehn Jahren noch keine Kreise unseres Volkes den Willen zu dem, was in der Proambel der Reichsverfassung ausgedrückt ist, in den Grundfesten des Staatslebens vermissen lassen. Auch heute noch sei das Bewußtsein der schicksalsmächtigen Verbundenheit aller Berufsstände keineswegs Gemeingut des deutschen Volkes und die Beziehung zum Staatsorganen sei noch nicht richtig begriffen. Diese Beziehung könne aber nur aufbauen auf den sittlichen Grundgedanken des Volkstums, vor allen Dingen auf einer sittlichen Auffassung von der Staatsgewalt, die offen unumkehrbar ist, weil sie von Gott stammt und den höchsten Lebenszwecken dient. Zu diesem gesunden Staatsgedanken gehöre aber in erster Linie auch mit der Gedanke der Verantwortlichkeit, der die Grundzüge der Selbstbehauptung in des Staates sei; dieser Gedanke entspringe der tiefen christlichen Idee, sich mit seiner eigenen Person für den Staat einzusetzen und vertrete sich durchaus mit dem Willen zur Wahrnehmung und internationalen Verständigung.

Es sei unsere Schmach, daß wir uns trotz aller Not noch immer nicht mehr nach dieser sittlichen Auffassung um innereinlichen Ausbau unseres neuen Nationalstaates vorhaben, daß so wohl auf der sozialistischen wie auf der bürgerlichen Seite der rechte Schwung in dieser grundsätzlichen Frage fehle. Es sei

bedauernd, daß für die meisten Kreise unseres Volkes bei politischen Entscheidungen immer noch in erster Linie die Frage ausschlaggebend sei, wie wird der oder jener Kandidat meinen persönlichen oder beruflichen Interessen gerecht, während von der Einstellung zu den großen allgemeinen politischen Fragen kaum etwas zu vernehmen sei. Hieraus gerode erwache eine hohe Aufgabe und Verpflichtung für die Berufsstände, die den Beruf als eine sittliche Verpflichtung, und nicht allein als die Quelle des Erwerbvertrages betrachten. Für uns Katholiken sei Beruf höchste Verantwortung vor Gott. Diejenige Berufsorganisation habe ihre Befähigungsberechtigung vorwärts, die nicht gewillt ist, sich mit ihrer eigenen Verantwortung in diese Arbeit hineinzusetzen und den sittlichen Gedanken der Berufsauffassung wie ihn der K. K. B. von jeher propagiert habe, in unser Volk hineinzuwirken. Die katholische Kaufmannschaft, die ihre besondere Aufgabe in der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsherrn und Arbeitnehmern sieht, müßte sich stärker als bisher ihre Verantwortung erkennen und noch mehr Arbeit leisten, damit der Kreis der 40000 ihrer Standesgenossen noch wesentlich erweitert und deren Einfluss vergrößert wird.

Der Redner erinnerte dann an die großen Hoffnungen der Reichstagswahl von Weimar und Frankfurt. Er wies weiter hin auf die gerade augenblicklich wieder sehr rege Diskussion der Frage der Zukunftsgestaltung unserer Wirtschaft, Kreisläufe, den Referat von Dr. Heffauer auf dem Kölner Parteitag, die Verhandlungen sowie die Ausführungen von A. Gumbel, S. J., zu diesem Referat, sowie endlich die Vorlesung, die der Industrielle Klänge kürzlich in der D. K. Z. in dieser Hinsicht gemacht hat und betonte grundsätzlich, daß man sich gegen diese wirtschaftliche Entwicklung nicht einseitig stellen dürfe, sondern daß man diese Entwicklung in verständnisvoller Weise beuge und sich mit ihnen auseinanderzusetzen müsse.

Zu Einzelfragen übergehend, befaßte sich der Redner zunächst mit der bevorstehenden Zusammenstellung des Reichswirtschaftsrates. Der K. K. B. würde sich nicht damit zu-

Der Himmel im Februar

Im letzten Wintermonat wandert die Sonne aus dem Sternbild des Steinbocks in das Bild des Wassermanns und steigt dabei nach Süden in ziemlich steiler Bahn dem Äquator wieder entgegen. Die Abnahme der sibirischen Abweichung des Tageserlebens im Februar beträgt rund 9 Grad; am Monatschluß macht sie nur noch 8 Grad 14' aus, und dieser höhere Stand der Sonne kommt naturgemäß auch in der Zunahme der Tageslänge zum Ausdruck. Die Zunahme scheint um so rascher vor sich zu gehen, als die mittlere Sonnenzeit der wahren im Februar bis zu 14 Minuten vorweicht. Dazu kommen wöchentlich vom 15. Ringengrad noch die Unterschiede zwischen der Ostzeit und der Mittelzeitszeit, die beispielsweise in Berlin einen Zusatz von 6, in Wien aber von 3 Minuten bedingt. So daß z. B. in der zweiten Februarwoche die Sonne in Berlin erst um 12 Uhr 21 Minuten nachmittags, in Wien aber gar erst um 9 Minuten vor eins ihren höchsten Stand im Süden erreicht. Da die Städte zum großen Teil landschaftlich flach, so merken sie wohl die ungewöhnliche Zunahme der Hellheit am Nachmittag, nicht aber den immer noch sehr späten Aufgang des Tageserlebens am Morgen. In Ostpreußen aber ist das Verhältnis umgekehrt; in Königsberg zum Beispiel erreicht die Sonne schon um 11 Uhr 59' in Gumbinnen gar um 11 Uhr 45' Minuten vormittags ihren höchsten Stand im Süden. In Ostpreußen heßen die Zeitverhältnisse und Unterschiede zwischen Ostzeit und M. E. Z. gerade auf, so daß hier die Sonne zu der angenehmen Zeit gerade um 12 Uhr mittags kulminiert. Im nördlichen Norddeutschland geht sie am 1. Februar um 7 Uhr 51 Minuten vormittags auf und um 4 Uhr 49 Minuten nachmittags unter. Am Monatschluß sind die entsprechenden Zeiten 6 Uhr 58 Minuten früh und 5 Uhr 40 Minuten abends. Mit ihrer höheren Stellung am Himmel wird auch die Wärmeabstrahlung der Sonne in unseren Breiten wieder größer, obwohl die Entfernung zwischen Sonne und Erde im Februar um 200 000 Kilometer zunimmt. Das ist reichlich das Doppelte der Distanz zwischen Erde und Mond; aber gegenüber der im Mittel 150 Millionen Kilometer betragenden Entfernung zwischen unserem Planeten und seinem Zentralgestirn spielt das für den erwärmenden Wirkung keine Rolle. Umgekehrt wichtiger in diesem Sinne ist es, daß die Sonnenstrahlen nun von Tag zu Tag ihren Weg durch die Erdatmosphäre verlaufen; denn der dadurch ent-

stehende Wärmeverlust ist es, der auf der Erde den Wechsel der Jahreszeiten bedingt. Sollte unter dieser Hinsicht, so wären alle Gebiete der Erde die jeweils von der Sonne beschienen sind, gleich warm, wie es auf dem luftlosen Mond der Fall ist, wo bei Tag ungeheure Wärme herrscht, während die Nachtseite ungeschützt der furchtbaren Kälte des Weltraums ausgesetzt ist.

Sein letztes Viertel geht um 1. Februar. Er geht am 4. in Ektarne, verschwindet am 9. als Halbmond vom Himmel und tritt am Abend des 10. als ganz schmale Sichel wieder am Westhimmel nach Sonnenuntergang auf. Am 17. hat der Mond das erste Viertel erreicht, er gelangt am 20. in Erdrinne und zeigt uns am 23. seine vollbeschnittene Scheibe.

Nach, wo der Winter sich seinem Ende zuneigt, sehen abends noch Anbruch der Dunkelheit die schönsten Sternbilder hoch am Himmel. Gegen 8 Uhr abends geht der Fuhrmann mit der hellen Capella durch das Zenit. Ihm folgen etwas seltener im Tierkreis die Zwillinge, die noch oben zu den beiden hellsten Sternen des Bildes, Kollor und Pollux, begrenzt werden. Wieder seltener finden man den Kleinen Hund mit dem roten Procyon anbreitet. Am Süden kulminieren zu dieser Zeit der Eifer, der Orion mit seinen vielen prächtigen Objekten und tief unten am Südwesthimmel der Große Hund mit Sirius, dem hellsten aller Fixsterne, der selbst zu Beginn des Monats um 10. Ende Februar um 8 Uhr abends kulminiert. Das Gebiet rechts vom südlichen Teil des Orion wird von dem ausgedehnten Sternbild des Erismus eingenommen; am Südwesthimmel findet man den Wolf, und im Tierkreis führt westlich vom Eifer der Wolf in absteigender Bahn zum Widder und zu den Fischen, die sich bereits der Himmelsgegenwart nähern, in der Zeit die Sonne untergeht. Denn in den ersten Tagen des Monats kulminiert die Sonne am Äquator scheinend, und den die Sonne am 21. März erreicht.

Von den Planeten steht Merkur am 7. Februar in unterer Konjunktion zwischen Sonne und Erde. Er wird daher von der Sonne überstrahlt und bleibt unsichtbar. Venus dagegen überkreuzt, rechtsläufig die Fische durchziehend, zu Beginn des Monats den Frühlingspunkt und gelangt in der zweiten Februarhälfte in den Widder. Schon vor dem Anbruch der Dunkelheit durchdringt ihr Licht die helle Abenddämmerung, um noch seltenerer Finsternis als blendendes Gestirn nach die-

zenden lang am Westhimmel als Abendstern zu verweilen. Diese sehr bevorstehenden Wochen des Nachwinters und Vorfrühlings bieten die beste Gelegenheit zur Beobachtung des Nachbarplaneten, der sich schon in starken Hellsternern als Sichel genähert der des Mondes zu erkennen gibt, wobei die Sichelgestalt immer kleiner, der scheinbare Durchmesser infolge zunehmender Annäherung an die Erde immer größer wird. Er tritt zu Beginn des Monats 23' Ende Februar jedoch 3". Augenblicklich gleicht die Phase der Venus nach der des Mondes im ersten Viertel. Mars gelangt in rechtlicher Bewegung am Eifer in die Zwillinge und steht abends hoch am Himmel. Sein Abstand von der Erde ist schon wieder sehr beträchtlich geworden und wächst im Februar von 120 auf 100 Millionen Kilometer an, was sich auch in der Fernrötung seiner Helligkeit zum Ausdruck bringt. Jupiter ist rechtsläufig im Widder und kann Anfang Februar noch 6 1/2 Stunden am Westhimmel beobachtet werden. Im April wird der Riese unter den Planeten von der Sonne eingeholt und vom Abendhimmel verschwinden. Saturn, der sich rechtsläufig durch den Schützen bewegt und in diesem Jahr im südlichsten Teil seiner 28 Jahre dauernden Himmelsumkehrung befindet, tritt jetzt um 3 Uhr früh tief am südlichen Himmel auf. Im Lauf des Monats erscheint der einarmtränke Planet zwar schon merklich früher. Ende Februar bereits um 2 1/2 Uhr, aber der frühere Sonnenaufgang läßt die Dämmerung seiner Sichelgestalt trotzdem nicht merklich zunehmen. Uranus, in dessen Verbindung bereits ein Fernrohr erforderlich ist, wird in der ersten Februarwoche von Venus überholt. Da dieser ferne Planet 84 Jahre zu einem Umlauf um die Sonne braucht, also in dieser Zeit auch nur einmal den neuen Tierkreis durchwandert, so ist die Veranschaulichung seines Ortes unter den Fixsternen von Jahr zu Jahr nur sehr gering und er kehrt sich immer noch nicht mit nordwärts zum Frühlingspunkt. Neptun, der bisherige Planet unseres Sonnensystems, braucht gar 164 Jahre zu einem Umlauf, so daß er durchschnittlich 14 Jahre lang in jedem Tierkreisbild verweilt. Er geht schon mehrere Jahre, jedoch fast unbemerkt, im Zeichen des Steinbockes auf und von Uranus und kommt diesmal am 19. Februar in Opposition zur Sonne. Neptun, die Part neunig sind, um bei genauer Kenntnis seiner Position das mittlere Sternbild, das Urbinde einen beinahe diametral so großen Durchmesser wie die Erde hat, sichtbar zu machen, ist so wohl nur auf Sternwarten, und auch mit solchen großen Instrumenten ist wegen der weiten Entfernung auf einem Planeten so aus nicht zu erkennen. Neptun hat auch einen

Die Danzig-Ausstellung in Dresden

Dresden, 8. Februar.
In diesen Tagen sieht Dresden einen merkwürdigen Zug in seinen Straßen: 4 große grüne Möbelwagen, auf denen zu lesen ist „Danzig-Ausstellung des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart“. Dieser Ausstellungstransport kommt von München, wo die große Danzig-Ausstellung zuletzt war, und kehrt in das Kunstausstellungsgebäude der „Jahreschau Deutscher Arbeit“ am Stübelpfad über, wo die Ausstellung am 15. Februar 1929 in Gegenwart einer großen Delegation des Danziger Senats, mit dem Senatpräsidenten Dr. Sahm an der Spitze, nach Ansprachen des Vorsitzenden des Deutschen Ausland-Instituts, General-Sonja Dr. Wanner, des Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller und der Danziger Vertreter, vom Ministerpräsidenten Heßdt eröffnet werden wird. Diese große Danzig-Ausstellung, die schönste Schau der alten deutschen Stadt Danzig, die auch nach Danziger Urteilen jenseits zusammengedrückt worden ist, und zu der die Danziger Archive, Bibliotheken, Museen und Kunstausstellungen, wie auch Privatsammlungen ein außerordentlich reiches Material an Bildern und Urkunden, Zeichnungen und Bildern, Schränken und Möbeln, sowie Kunstgegenständen aller Art zusammengedrückt haben, wird vom 15. Februar bis 10. März in Dresden stellen und wird nicht verziehen auch hier wärmende Teilnahme für die alte schöne deutsche Stadt Danzig zu erweisen, die, mag sie auch vom deutschen Reichkörper losgetrennt sein, doch zu 97 Prozent deutsch ist und deutsch bleiben wird. Es darf schon heute darauf hingewiesen werden, daß das Deutsche Ausland-Institut absichtlich die Eintrittspreise ganz niedrig hält und für Schüler und Mitglieder von Vereinen jeglicher Art noch besondere Ermäßigungen gibt, um wirklich jedermann den Besuch dieser Ausstellung zu ermöglichen.

Der Verkauf von karnevalistischen Papierwaren ist für nächsten Sonntag von 12 bis 16 Uhr gestattet worden. Schiffe, Lehnlinge, Arbeiter dürfen nicht beschäftigt werden.

5. öffentlicher Museumsvortrag: Sonntag, den 17. Februar 1929, 11 Uhr vormittags im Hofsaal des Albertinums. Thematik: Terafite. Einang. Vorkauf: Georg-Treu-Verlag. Dr. Schatz vom Museum für Tierkunde und Vögelkunde: „Die Kolibris“.

Gemeinnützige Ausgabe von Kredit und Pfandbriefen. Die Ministerien des Innern und der Finanzen haben genehmigt, daß die Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden in Dresden 5 Millionen Goldmark Kreditbriefe und 4 Millionen Goldmark Pfandbriefe, zu 8 v. H. verzinslich, in Stücken von 100, 500, 1000, 2000, und 5000 Goldmark nach Maßgabe der Anleihebedingungen ausgibt.

Katholischer Pfarrkirchenchor Sächsisch-Dresden Johannstadt. Im Gegensatz zu vielen Kirchenchören ländlicher Pfarreien fällt der Sächsisch-Dresdener Kirchenchor im allgemeinen und der Sächsisch-Dresdener Kirchenchor im besonderen die Aufgabe zu, auch die nicht kirchlichen Feste ihrer Gemeinden mit Musik zu versehen, oft sogar ganz und gar auszugestalten. Die Freundschaft im Chor zu pflegen und den Kirchenchören eine Anerkennung für ihre selbstlose und oft anstrengende Tätigkeit im Gottesdienst zu verschaffen, sieht sich die Chorleitung veranlaßt, der fröhlichen Geselligkeit gewidmete Abende einzurichten, an denen wieder rein weltlicher Art geboten werden. Zu einem solchen Abend in Gestalt einer Faschingsfeier hatte sich der Sächsisch-Dresdener Kirchenchor am Mittwoch, den 6. Februar im „Sommer Hotel“ versammelt. Der Schmuck des Saales im japanischen Stil, wie wir hörten, für das frühere Maskenfest eines größeren Kreises bestimmt, gab einen stimmungsvollen Rahmen. Nach einer launigen Begrüßung in Versen durch den Vereinsdirektoren Kantor Schröder, sang der farblich gemischte Chor das „Poinourti. „Gut hab' i wieder all's bei mir“ vom Domkapellmeister Engelhart in Regensburg. Sodann versicherten, dieser umfangreiche Chor sei mit nur zwei Proben bewältigt worden. Respekt! Nach einem Violinolo „Wir auf der G-Saiten“ hörte man ein entzückendes Duett aus dem Singpiel „Nestchen Gebet“; einige tonische und doch feibel gefungene Männerchöre zeigten die vorzüglichste Beherrschung des Chors in den Unterstimmen. Den Schluß machte der unverwundliche Koschak mit seinem „Wend in St. Leonhard“. Die Aufführungen riefen bei den Zuhörern schließliche Fröhlichkeit hervor, weil sie fröhlich gesehen waren. Daß dem vorerwähnten Chor und seinen eifrigen Mitwirkenden ein noch einmal so harter Besuch von Göttern in Zukunft für seine Aufführungen beschieden sei, wünschen wir ihm von Herzen als Ausdruck des Dankes aller Gesellschaftsmitglieder der Pfarrgemeinde.

Künstlerische Schneekulpturen. Auf dem Weihen Hirsch hat Professor Probst auf der GIsbahn hinter dem Parkhotel ein eigenartiges Kunstwerk aus Schnee heraufschaffen. Und zwar hat er in ostfriesischer Arbeit die Gestalten einer Jagdabteilung, ein Schützenpaar und ein Schützenpaar zum Schützenschießen auf. Aus der Schneemasse ist bei dem anhaltenden Frost ein durch und durch getrockneter Gipsblock geworden, so daß das Kunstwerk bei Sonnenschein in allen Farben glänzt.

Zentrumsarbeit in Sachsen

Sitzung des Landesvorstandes

Am Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 1 Uhr 30 Minuten findet im Kolpinghaus Dresden, Käuferstraße 4 (Grünes Zimmer) eine Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der Sächsischen Zentrumspartei statt.

Tagesordnung: 1. Aussprache über die politische Lage (Einleitendes Referat: Dr. Flügler), 2. Vorbereitung des Parteitages, 3. Organisationsfragen.

Zur Teilnahme an der Sitzung sind nur die Mitglieder des Landesvorstandes und die Vorsitzenden der Ortsgruppen mit über 100 eingeschriebenen Mitgliedern berechtigt.

Generalversammlung Dresden

Dresden. Die Generalversammlung der Ortsgruppe Dresden der Zentrumspartei findet am Donnerstag, den 7. März, abends 8 Uhr in den Vereinräumen des Hauptbahnhofes (Eingang durch Wartesaal 3. Kl.) statt.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht (Ref. Dr. Deszyk), 2. Kassenbericht (Ref. Verwaltungsamtmann R. Müller), 3. Neuwahl der Vorstandes, 4. Wahl der Delegierten zum Parteitag, 5. Aussprache über die politische Lage (Ref. Dr. Flügler), 6. Verschiedenes.

Stimmberichtig in der Generalversammlung sind alle eingeschriebenen Mitglieder der Ortsgruppe Dresden (Mitgliedskarte mitbringen!).

Dresden. Die Vertrauensleute und der Vorstand der Ortsgruppe Dresden hielten am Donnerstag eine gutbesuchte Sitzung ab, bei der zunächst Verwaltungsschmitt Müller persönliche Einblicke vom Kölner Parteitag wiedergab. Er hob hervor, daß es für alle Teilnehmer ein hartes Erlebnis gewesen sei, wie elementar der Wille zur Einheit und Mitarbeit von den Vertretern der Wählerchaft zum Ausdruck gebracht worden sei. Wer den Kölner Parteitag mitgemacht habe, sei dort von einer Begeisterung erfüllt worden, die lange Monate mühselige Kleinarbeit überdauern könne. Anschließend

Friede unter den „Nolandsbrüdern“

Dresden, 8. Februar.
Anlässlich des großen Berliner „Nommex-Prozesses“ und des am Sonntagabend in Dresden stattfindenden Massenprozesses gegen „Freie Vögelkinder“ dürfte die folgende Tatsache Interesse beanspruchen: Einer Anregung des Vorstandes der Sächsischen Zentrumspartei vom Zentralverband der Zimmerer folgend, fand im Dresdener Volkshaus eine gemächliche Besprechung zwischen den Vertretern der im Volksmunde allgemein als „Nolandsbrüder“ bezeichneten Zusatztätigkeiten statt. Es kam zu dem Zweck, die verschiedenen Schichten in Betracht: die „Rechtsschaffenen Fremden“, auch „Schwarzschilde“ geheißen, die „Freien Nolandsbrüder“, die „Fremdschreibenden Freiheitler“ und die „Gehobenen Freien Vögelkinder“, die je zwei Vertreter entsandt hatten. Nach beidseitiger lebhafter gegenseitiger Aussprache wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt:

Die Delegierten verpflichten sich, dafür zu sorgen und einzutreten, daß in Zukunft alle Gewerkschaften und gegenseitigen Provolationen unterbleiben, und versprechen auch, alles daran zu setzen, daß überall diese Feindschaften und Weidereien untereinander eingestellt werden.

Berulungsverhandlung gegen den Bürgermeister a. D. Modeh

Dresden, 8. Februar.
Anfang Dezember v. J. wurde der frühere Bürgermeister von Reichen (Amtshauptmannschaft Riesa) wegen falscher Berufung im Amt, Verzug in Tateinheit mit häuslicher Unterschlagung im Amt und gewinnfährlicher Lebensgefährdung in drei Fällen, sowie wegen Untreue und Unterschlagung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe oder weiteren sechs Tagen Zuchthaus und

berichtet der Vorsitzende Dr. Flügler über die Sitzung des Landesvorstandes am 20. Januar und erörterte die durch den Rücktritt v. Guérards geschaffene Lücke. Das Zentrum erwerbe sich ein Verdienst um unser Volk, wenn es der Freude an der Verantwortungslosigkeit, die sich heute im Reichsstaat breit macht, energisch entgegensteht. — In der anschließenden Aussprache, in der der durchweg Zustimmung und Freude über das energische Vorgehen der Zentrumspartei zum Ausdruck kam, ergriffen u. a. die Herren Platter Rühr (Cotta), Gornemann und Wöhrich das Wort. Dr. Deszyk erstattete kurzen Bericht über den Stand der organisatorischen Arbeit. Es wurden Vorbereitungen getroffen, um die Parteilinie in den bisher schwachen Bezirken weiter zu beleben. In dieser Richtung machten die Herren Koschikl, Koring und Dr. Speitz wertvolle Vorschläge. Die Tagesordnung der Generalversammlung, die am 7. März in den Vereinräumen des Hauptbahnhofes (neben dem Wartesaal 3. Klasse) stattfinden, wurde kurz durchgesprochen. Zur Vorbereitung der Neuwahl des Vorstandes wurde ein dreigliedriger Ausschuss eingesetzt, dem die Herren Jägerling, Gornemann und Smets angehören.

Landesvertretertag der Windthorstbünde

Dresden. Am Sonntag, den 3. März 12 Uhr hielten die sächsischen Windthorstbünde im Hotel „Drei Raben“, Morienstraße 18 (Nähe Postplatz), ihre diesjährige Landesvertretertagung ab. Die Aussprache wird sich an zwei Beiträge anschließen: Der Reichsführer der Windthorstbünde, Dr. Heinrich Krone, M. d. R., spricht über „Das Wehrproblem“, Dr. Berth. Deszyk, Dresden, über „Wahlrechtsreform und Diaspora“.

Alle Mitglieder und Freunde der Bewegung sind herzlich willkommen. Die Einladung der Windthorstbünde richtet sich vor allem auch an die politische Interessierten in den Jugendverbänden und der Jugendbewegung. — Zuschriften und Anfragen sind zu richten an: Dr. Rudolf Kariß, Freiberg i. S., Albertstraße 1.

Zwei Jahre Ehrenrechtsverlust verurteilt. Einem des Ansehens lag Verurteilung vor, mit der sich am Mittwoch die dritte Strafkammer des Landgerichts Dresden, die den Termin nach dem Ratshaus der Stadt Wetzlar (Zuchth. Schw.) geleitet hatte, befaßt wurde. Nach längerer Verhandlung wurde das ehrentätige Urteil aufgehoben. In weiten Teilen in zwei Fällen, wegen Unterschlagung in Tateinheit mit gewinnfährlicher Lebensgefährdung in drei Fällen und wegen Untreue und Unterschlagung zu einer Geldstrafe von 1 Jahr, 2 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Neues vom Dresdner Sender

Dresden, 8. Februar.
Aus dem neu aufgestellten umfangreichen Programm des Dresdner Senders für Februar und März seien eine Reihe von Sonderveranstaltungen hervorgehoben. So wird zunächst am Montag, den 11. Februar, ein Vortragsabend über die „Aureole der Erde“ stattfinden. Ebenfalls wird der Festus „Geschichte des europäischen Lebens“ von Professor Dr. Röhrenberg fortgeführt werden. Am 11. Februar findet eine Librettierung der Oper „Pique Dame“ von Tschaikowski aus der Dresdner Staats-

Aufspringen der Hände

und der Gefühle, schmerzhaftes Brennen, sowie Hitze und Juckreiz der Haut werden beruhigt und ausgeglichen durch die wunderbar wirkende, erprobte Creme „Londor“. Gleichmäßig herzlich duftende, tosenartige Unterlage für Puder. Tube 60 Pf. und 1 Mk. Erhältlich in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Preisliste gratis bei Anforderung dieses Zettels durch Pen-Werte W.-G., Dresden 9. 6

Das Wolfsrudel

Von Julius Kegel
18. Fortsetzung.)

„Mit Ihrem Kuffaden habe ich nichts zu schaffen. Der Mann, der es besorgt hat, heißt Alexander Regan. Sie können selbst mit ihm reden, wenn Sie ihn das nächste Mal treffen.“

„Wann wird das sein?“
„Heute abend, vielleicht früher. Er ist in der Nähe.“
„Sie gingen langsam die Promenade entlang, und Urban sah sich nach allen Seiten um, ohne den Mann, von dem sie gesprochen hatten, entdecken zu können.“

„Heute abend?“ wiederholte er. „Warum gerade heute abend?“
„Zum erstenmal leuchtet jetzt in ihrem Gesicht ein wirklich freundliches Lächeln auf, das zu ihren Worten in einem seltsamen Gegensatz stand.“

„Mr. Mod, Sie haben uns aufgeheitert. Wir haben Sie ausgespart. Die Polizei hört und lauscht nach. Ich habe keine Lust, die Frage nach unseren gegenseitigen Beziehungen aufzuwerfen — dies Gespräch sehen Sie wohl besser mit meinem Bruder fort!“

„Ja“, sagte er, „Sie haben recht. Ich habe mich mit Ihrem Bruder auseinandergesetzt.“

„Was soll ich Ihnen sagen?“ Sie blieb stehen und lebte mit demselben strahlenden Lächeln in den Augen hinzu: „Kein geheimer Paktard ist jetzt nur noch eine Erinnerung — wir arbeiten gründlicher, als Sie vielleicht glauben. Aber ich habe einen stolischenabenbrannten Piccard-Bietet zur Verfügung, der heute abend um neun Uhr hier stehen wird. Ich habe Sie ein mitzukommen.“

„Nach London?“
„Ja, zu meinem Bruder.“
„Danke, ich werde kommen.“

„Dann wollen wir uns bis dahin trennen. Folgen Sie mir nicht und denken Sie daran, daß ich nur für meine Freunde Leonie Dulac heiße. Au revoir, Mr. Mod!“

Urban war kaum zuwändig Schritte allein gegangen, als eine unbehaglich bekannte Stimme dicht neben ihm sagte: „Einen Augenblick, Mr. Gregor!“

Es war der Mann im braunen Anzug, der auf seine gepeinigende Weise aufsprang. Es trübte Urban in den Händen, als er den Vorstich wieder sah, aber er sagte bloß: „Ja ja, Sie sind es? Na, ich kenne Sie ja, Alexander Regan! Was wollen Sie?“

„Gut Mademoiselle Ihnen gesagt, daß Sie mit nach London folgen.“

„Ja, und ich habe gesagt, daß ich will! Hören Sie, Regan, Sie haben sich ein außerordentlich Spiel mit mir erlaubt.“

„Es geschah auf Verleht“, antwortete der Mann.
„Wer hat es befohlen? Leon Dulac?“
„Das kann ich nicht sagen. Sobald Sie in die Zeitungen kamen, habe man Interesse für Sie, und wir erhielten den Befehl, Sie zu fassen.“

„Wie? Wer wie?“
„Nun, wir! Wie sind viele, überall! Es ist zu Ihrem eigenen Nutzen. Ich habe den Auftrag, Sie zu warnen, daß die Polizei Ihnen bald auf den Fersen sein würde!“

„Schändlich, die Polizei facht mich nicht in dieser Gegend.“
„Doch, der Detektiv Melville ist seit heute morgen in Vermont, und zwar, um Urban Gregor zu fassen!“

Urban blieb stehen, starrte die Hände in die Seiten und blühte den Mann an, der jedoch nicht einmal mit den Augen zwinkerte.

„Hören Sie, Regan! Es ist mir im Augenblick vollständig gleichgültig, was Melville oder irgendein anderer neuerlicher Mensch sagt, denkt oder tut. Ich bin heute abend um neun Uhr zu Eufie — bis dahin adieu, alter Freund!“

Alexander Regan beschrieb keinen Untand.
„Der Chef weiß immer, was er tut. Es werden es nicht bereuen. Wir sind mächtiger als die Polizei. Viel und würde Sie nicht einmal Sherlock Holmes zu fassen kriegen“, sagte er und ging seiner Wege.

Urban wand am Fenster seines Hotelzimmers und fühlte die heiße Sten in der Brille, die von der See herwehte. Ihm war, als ließe das gewagte Spiel, das er nun beginnen sollte, ihn sowohl körperlich als geistig wachsen. Urban Mod gehörte zu den Charakteren, deren beste und männlichste Eigenschaften sich in der Gefahr entwickeln oder vor einer schwereren Lebensaufgabe, wo der geringste Fehler den Untergang bedeuten kann.

Mit befeindeter Freude sah er, daß er vollständig ruhig war, Herr über sich selbst und voll eiserne Entschlossenheit. Diegen oder brechen — jetzt wollte er den Angriff wagen!

Er hatte die volle Wahrheit gesprochen: Es war ihm gänzlich gleichgültig, wie energisch die Polizei ihn suchte. Aber er mußte unwillkürlich die Möglichkeit erwägen, daß ihm dadurch Hindernisse in den Weg gelegt würden. Und mit dem intuitiven Scharfblick,

den er jetzt hatte, fand er fast sofort heraus, wo er eingreifen konnte, für den Fall eines möglichen Zusammenstoßes.

Er setzte sich an den Tisch, nahm einen Zigarettenpapier und fing an, langsam und mit Ueberlegung zu schreiben. Es dauerte eine ganze Stunde, ehe er auf der letzten Seite seinen Namen unterzeichnete. Er las das Geschriebene sorgfältig durch, stellte den Brief in ein Kuvert und schrieb die Adresse:

Mr. Bruno Gehrig, London Courrier.
Ein Brief auf die Uhr hatte ihn, daß es auf neun ging. Es war Zeit. Er bezahlte seine Rechnung und verließ mit der Melville'sche in der Hand das Hotel.

Nachdem er auf verschiedene Weise sich davon überzeugt hatte, daß er nicht beobachtet wurde, warf er den Brief in den Kasten und schlug dann mit entschlossenen Schritten die Richtung zu dem verabredeten Platz ein.

VI.
Handelt hauptsächlich von drei hervorragenden Kriminalisten, geschlohenen Automobilen und einem Weiserfinger.

1.
Bruno Gehrig sah schnell während der Middleford-Jahre bedeutend an. Er bekam keine anständige Mittelungen, die die Vermutung auslösten, ob nicht die Firma Sombro in der X-Strasse gerade die sei, die Mr. Gehrig im Auge hatte. Es liefen großeartige Verträge ein, wie das Volkswort bekämpft werden mußte, genaue Jüngenaussagen von dreißig verschiedenen Stellen in England, wo „ein graues Automobil mit modifizierten Männern“ gesehen worden war, religiöse und politische Kommentare, Danksegens, Schmähungen. Und meist von Verleumdern, die aus gewissen Gründen annehmen zu bleiben wünschten. Gehrig mußte bald lachen, bald fluchen.

Am Valentinstag sah er da und erlebte eine neuartige Lobung. Er rief ein Kuvert nach dem andern auf und ließ den Inhalt nach kurzer Prüfung in den Papierkorb wandern. Eine ältere Dame aus Brighton teilte mit, daß sie nichts merkwürdiges Lante aus dem Lebenhause hörte; ob Herr Gehrig nicht kommen wollte und die Sache unterfuchen?

„Heiliger Konfession“, murmelte er und ließ das Dokument an seinen Bestimmungsort fliegen. Er griff nach dem nächsten Brief, der ziemlich dick war und dessen Adresse eine schöne männliche Handschrift zeigte.

(Fortsetzung folgt.)

oper, am 17. Februar ein Chorchorus des Dresdner Orchesters statt. Am 18. Februar bringt der Komponist Hans Pfitzner mit der Dresdner Philharmonie eigene Werke zu Gehör. Am 22. Februar bezieht die Dresdner Philharmonie ihr vierzigjähriges Bestehen, während am 24. Februar die Orchesterchöre der Sächsischen Staatskapelle unter Leitung von Kapellmeister August Schickel spielen wird. Am 27. Februar dirigiert Generalmusikdirektor Busch die Kapelle der Sächsischen Staatskapelle. Aus den Sprechvorträgen sind zu erwähnen am 21. Februar ein Vortrag des Direktors des Planetariums Kähler über Himmelserscheinungen des Jahres 1929 und am 27. Februar ein weiterer Vortrag von Dr. Felix Zimmermann über „Sprache als Lebensdruck“. Auch die Abende der zeitgenössischen Dichter finden ihre Fortsetzung mit einem Vortrag von Dr. Kurt Martens über Heinrich Mann. Am 5. März spricht Konrad Laumann über die Werke berühmter Dichter. Am 27. März wird die Feier des 75-jährigen Bestehens des Dresdner Tonkünstlervereins unter Leitung von Generalmusikdirektor Busch übertragen.

Verkehrswünsche der Handelskammer. Die Dresdner Handelskammer hat eine Eingabe an die Reichsbahndirektion gerichtet, in der erneut auf einen ausgiebigeren Anschluss Dresdens an das internationale Fahrplannetz ersucht wird. Von den 70 Verbindungen wurde Dresden überhaupt nicht berührt; auch lagen hier keine Plankarten für solche Züge auf, denen hier Wagen beigelegt würden. Es werden sofort im Einzelnen Wünsche vorgebracht für die Verbindungen Dresden-Berlin, Dresden-Göteborg-Bremen, Dresden-Süddeutschland, Dresden-Riesla-Weipitz, Plauen-Dresden und Jena-Dresden. **Personalien von der Reichsbahn.** Die Reichsbahn-Direktion: Pfister von der Reichsbahn-Betriebsdirektion Leipzig I, Poppe vom Reichsbahn-Betriebsamt Leipzig I und Reichsbahnrat Donath vom Bauamt Leipzig II sind zur Reichsbahn-Direktion nach Dresden versetzt worden.

Sereasani geht! Am kommenden Sonntag ist Schluss seines Gastspiels. Außer den Abendvorstellungen am Donnerstag und Freitag ist noch am Sonnabend und Sonntag je zwei Nachmittags- und Abendvorstellungen Geleitet. Die Schöne Schauspielerei ist zu sehen. Beginn 3 Uhr und 7.30 Uhr. Nachmittags bei vollem Programm Kinder halbe Preise auf den Plätzen von 2 Mark aufwärts. Rechtzeitig Karten sichern.

Leipzig und Umgebung

Der Straßenbahnerstreik

Leipzig, 8. Februar.

Vom Freitag ab wird sich die durch den Streik der Werkstättenarbeiter bei der Großen Leipziger Straßenbahn gestillte katastrophale Lage des Leipziger Verkehrs etwas entspannen: Die Reichsbahn-Gesellschaft hat mit der Kraftverkehrsgesellschaft für den Freitag in Sachsen vereinbart, daß vom Freitag ab sämtliche in Sachsen verfügbaren Kraftwagen in Leipzig konzentriert und den Bedürfnissen des Leipziger Personenverkehrs zur Verfügung gestellt werden. Vom Freitag morgen ab wird dann der eingeschränkte Autobus-Verkehr durch die dreifache Anzahl von Fahrzeugen wie bisher bewilligt werden. Im übrigen ist die Lage keineswegs aussichtslos! Der Rat hat in einer Sitzung am Donnerstag die Bahnabgabe an das Fahrpersonal für die Zeit der Stilllegung abgelehnt. Der Landeshauptmann, Ministerialrat Haack, wies über den Schiedspruch im Lohnkonflikt der Werkstättenarbeiter, gegen den sich sowohl Arbeiter als auch Arbeitgeber ausgesprochen haben, am Freitag in einer Sitzung entschieden, die im Neuen Rathaus stattfinden. Mit einer Wiedereinnahme des Betriebes noch in der laufenden Woche kann überhaupt nicht mehr gerechnet werden.

Am gestrigen Donnerstag fanden in Dresden die angelegten Schlichtungsverhandlungen zwischen dem Arbeiterverband Sächsischer Gemeinden einerseits und dem Deutschen Verkehrsband, dem Zentralverband der Arbeiter öffentlicher Betriebe und Verwaltungen und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt zwecks Festlegung der neuen Löhne. Es wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach, genau entsprechend dem Spruch vom Mittwoch, die Löhne ab 1. Februar um 6 Prozent und ab 1. Oktober 1929 um einen weiteren Prozent erhöht werden. Die neuen Löhne gelten vom 1. Februar 1929 bis 31. März 1930. Die Entscheidung läuft bis 13. Februar. — Die Gewerkschaften wollen eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs unter den Gemeinbediensteten vornehmen.

Was kostete der Straßenbahnerstreik?

Leipzig, 8. Februar.

Wenn man die Zahlen zugrundelegt, die als Verzeichnis Einnahmen der Großen Leipziger Straßenbahn vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig für den Monat Dezember 1928 festgestellt und veröffentlicht worden sind, kostet die gegenwärtige Streikbewegung bei der Großen Leipziger Straßenbahn die Straßenbahn täglich einen Ausfall von 59 000 Reichsmark, d. h. die Ermangelung einer Einnahme von täglich 87 000 Mark. Bis heute also hat die Straßenbahn mit einem Ausfall an Einnahmen von 344 000 Mark zu rechnen.

Ein Brillanten-Schwändler vor Gericht

Leipzig, 8. Februar.

Am Donnerstag begann vor dem Gemeinsamen Schöffengericht der große Betrugsprozess gegen den Brillanten-Schwändler Friedrich Wolfer aus Leipzig und den Kaufmann Wilhelm Harmsen aus Charlottenburg. Wolfer wird in 15 Fällen Rückfallbetrug zur Last gelegt, den er in den Städten Dresden, Gießen, Wiesbaden, Gießen, Offenbach, Karlsruhe, Düsseldorf, Mainz, Gießen, Weidenau, Halle und Hildesheim in den Jahren 1924 und 1925 verübt haben soll. Er gab sich als Fabrikant und sehr reicher Mann aus und verweilte bei Leihhäusern gefälschten Brillanten-Schwand und Perlenketten zu verkaufen. Es gelang ihm in diesen Fällen, weit höhere Summen für die Schmuckstücke zu erhalten, als sie in Wirklichkeit wert waren. Besonders schwer geschädigt hat Wolfer das Stadt-Leihhaus in Gießen. Hier veräußerte er Schmuckstücke im Wert von angeblich 150 000 Mark, die aber nur einen Wert von 40 bis 50 000 Mark hatten. Der Schaden des Leihhauses beläuft sich auf etwa 50 000 Mark. Ingesamt hat Wolfer durch die Betrugsfälle etwa 100 000 bis 130 000 Mark verdient. Der Angeklagte Harmsen hat in einigen Fällen Beweise zu den Betrugsgeldern geliefert. Der Prozess wird mehrere Tage dauern.

Neuer Leiter der Leipziger Philharmonischen Konzerte. Das Direktorat der philharmonischen Konzerte hat beschlossen, die künftige Leitung der im nächsten Winterhalbjahr zu veranstaltenden 10 Sinfoniekonzerte Dr. Georg Wöhler zu übertragen.

Zahlen aus der Leipziger Statistik. Im Jahre 1928 sind in Leipzig nach den statistischen Monatsberichten der Stadt Leipzig insgesamt 9783 Kinder zur Welt gekommen. 8343 Personen sind gestorben. 7021 Ehen sind geschlossen worden. 6704 Personen sind nach Leipzig zugezogen, 6012 Personen sind von Leipzig weggezogen, und innerhalb Leipzig haben 15092 Personen im Laufe des vergangenen Jahres die Wohnung gewechselt.

Dresdner Stadtverordneten-Sitzung

Dresden, 8. Februar.

Denn es den Dresdner Stadtverordneten an Arbeitsstoff nicht mangelt, sind doch die Kommunisten um Ausführung der Sitzung ganz besonders besorgt. Sie brachten gestern eine kurze Anfrage ein, was der Rat zu tun gedenke, um Leben und Gesundheit der in dem Turmgebäude der Zeiß-John-Ernemann-Werke beschäftigten Arbeiter zu schützen. Angeblich hätten sich an dem ganzen Gebäude Risse gezeigt, auch soll sich der Turm infolge ungenügender Gründung geneigt haben. Die Belegschaft des Werkes befindet sich in begreiflicher Unruhe, angesichts der großen Einkürze in Prag und Paris. Der Rat erklärte die Gerüchte, monach der Turm schiefe liege, für falsch. Sie gingen auf optische Täuschungen zurück, die durch die Ueberladung der verchieden gelagerten Baumassen des Turmes verursacht werden. Es seien allerdings im Gebäude Risse in größerer Zahl vorhanden. Das Ergebnis einer Nachprüfung liege noch nicht vor. Ein großer Teil könne schon heute als unbedenklich bezeichnet werden. Es seien Risse, wie sie häufig bei Betonbauten auftreten. Eine Reingung des Turmes infolge ungenügender Gründung habe nicht stattgefunden. Grund zur Beunruhigung liege also nicht vor, Leben und Gesundheit der Belegschaft sei nicht gefährdet. Das Baupolizeiamt sei in die eingehende Prüfung der Risse eingetreten.

Ein weiterer kommunistischer Antrag, den Stadtverordneter Schneider begründet, verlangt von der Landesregierung Mittel als Sonderunterstützung an die Erwerbslosen, Bekämpfung der Betriebsstilllegungen und Mittel zum Wohnungsbau. Stadtverordneter Schneider sagte zwar nicht, wie man die Betriebsstilllegungen bekämpfen und woher man die Mittel nehmen solle; dafür aber erklärte er das Kollegium an Hand statistischer Angaben sehr eingehend über die „hospitalistische Gesellschaft“ und über die christliche Weltordnung auf, so wie er sie auf der Welt der Sozialdemokraten kennen zu lernen, daß sie es nicht nötig hätten, bei jeder Gelegenheit eine Proklamierung zu halten, was den Stadtverordneter (Soz.) jedoch nicht hinderte, die Probleme der Reichspolitik und der Regierungspolitik aufzurollen. Der Antrag Schneider wurde trotzdem angenommen. Zugleich ein Zusatzantrag Fräulein, der Mittel zum Bau von Teppichen und Aufhängelampfen verlangte.

Das Städtische Gesundheitsamt bietet noch immer Stoff zu Erörterungen. Das Kollegium tritt einem Gutachten des Rechtsausschusses bei, die Entscheidung der Gemeindekommission über die Errichtung eines Gesundheitsamtes und die Begründung dazu an die Gemeindekommission mit dem Ersuchen zurückzugeben, die Entscheidung und Begründung einer Nachprüfung zu unterziehen. Gegenüber der Gemeindekommission wird der Standpunkt vertreten, daß das Gesundheitsamt als Arbeitgeber für alle gesundheitlichen Fragen anzusehen sein müsse, und daß in die Verwaltung des Gesundheitsamtes alle Gebiete der Gesundheitsfürsorge und Kronenfürsorge hineingehöre. In diesem Sinne verlangen die Stadtverordneten von der Gemeindekommission eine Nachprüfung ihrer Entscheidung.

Auch die Verlegung des Stadtmuseums aus dem Neuen Rathaus nach dem Palais an der Lindenstraße, wurde behandelt und die auf 125 000 Mark veranschlagten Kosten bewilligt. Die Sozialdemokraten wollten ihre

Zustimmung von der gleichzeitigen Unterbringung der Volkshochschule in geeignete Räume abhängig machen, doch wurde die Bedingungsform des Antrages auf Veranlassung des Stadtschreibe in ein Erfuchen umgewandelt. Das so ergänzte Gutachten wurde einstimmig angenommen. Zustimmung fand auch ein Gutachten des Prüfungsausschusses, das den Rat ersucht, bei der Wirtenschaft die bauliche Beschaffenheit der Wohnung zu berücksichtigen, den Mietern die vom Wohnungsausschuss empfohlenen Mietminderungen und auf die Helmstätten-Gesellschaft wegen schleuniger Abschaffung der baulichen Mängel einzuwirken.

Ein kommunistischer Antrag, allen Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern mit Rücksicht auf die anhaltende Kälte eine Sonderbeihilfe aus Kohlen und Holz zu bewilligen, wurde dem Finanz-ausschuß überwiesen. Dagegen fand ein deutsch-nationaler Tringheitsantrag Annahme, den Kindern, die zu Hause keinen genügend geheizten Raum für ihre Schularbeiten haben, in den Schulen die erforderlichen Räume zur Verfügung zu stellen. — Schluß der Sitzung kurz vor 12 Uhr.

Eine vierköpfige Einbrecherbande festgenommen

Chemnitz, 8. Februar.

Zu den in den letzten Wochen in Chemnitz wiederholt verübten Diebstahl- und Verkaufshandelsverbrechen, bei denen außer dem Geld auch Stämme, Leder, Schuhe, Tabak, Zigarolen, Fischwaren usw. gekohlen wurden, ist jetzt eine vierköpfige Diebstahlbande ermittelt und festgenommen worden. Es handelt sich um noch jugendliche beschäftigungslose Arbeiter aus Chemnitz, die sich teils bei des Strohens halber zusammengeschlossen hatten. Bisher konnten ihnen 14 Einkünfte, zu denen sie gefählig sind, nachgewiesen werden. Von dem gekohlenen Gut ist ein Teil wieder herbeigekauft worden.

Währungsfragen in Sachsen. Im Januar sind in der sächsischen Münze in Müdenbüttel für 559 600 RM. Pfennigmark, für 89 400 RM. Dreimark- und für 40 000 RM. Zehnpennig-Stücke geprägt worden.

Schwerer Schadenfeuer. Von einem großen Schadenfeuer heimlich wurde in der Nacht zum Donnerstag in Großschönau das Anwesen der Geschwister Härtel. Von den drei Familien gehörenden Wohnhäusern brannte eines vollkommen nieder, während die beiden anderen stark gefährdeten Brandstellen durch das schnelle Eingreifen der Feuerwehr erhalten werden konnten. Der Schaden ist sehr groß. Auch werden drei Familien durch das Brandunfall obdachlos. Der Brand dürfte auf einen Fehdefekt zurückzuführen sein.

Gemeinde- und Vereinswesen

Dresden-K. Das Requiem für den verstorbenen Bankprofessor Rymkowski, Mitglied des Kirchenratshauses der Kath. Hofkirche, findet am Sonnabend, den 9. Februar, nicht um 7 Uhr, sondern um 9 Uhr in der Kath. Hofkirche statt.

St. Josephsgemeinde Dresden-West. Am Sonntag, den 10. Februar, findet abends 8 Uhr im Ballsaalelemente Wähe, Leipziger Straße, eine Faschachtsfeier mit Ball statt. **Annaberg (Kath. Hofkirche).** Sonntag, 10. Februar: 7 Uhr St. Messe, 9 Uhr Hochamt mit Predigt.

Weisse Woche

Ungebl. N. sol. 45 cm breit, mit Futter, Qual.	28	Fro. Herhand uch mit Futter, Qual.	52	Kleid. Comp. ei 1. D. mit bür- schöne Panten	4 ⁹⁸	laghemd mit gewick- mt.	30	Tanzhemd mit 100 g. Pin- nats und Mer- schettin.	2 ⁹⁵
Hemd u. N. "sol. 45 cm breit, verwaschener Qualität	39	Fro. Herhand uch besonders schw. Qual.	92	Kleid. Complet entzuckende Nippen-Garn in Qualität	7 ⁰⁰	Un. erialle pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	48	anzhemd verwaschener W. G. G. G. G. K. G. G.	3 ⁹⁰
Hemden-N. sol. 45 cm breit, bes. z. G. G. schw. Qual.	52	Fro. Herhand uch in Jagd- schw. Ware	113	Kleid. D. nach H. schw. Panten	6 ⁹⁰	Un. erialle reichlich N. G. K. G. G.	68	Tanzhemd mit 100 g. Pin- nats und Mer- schettin.	4 ⁹⁵
Wäschehemd mit Futter, Qual.	39	Fro. Herhand uch schw. Qual.	110	Kleid. D. nach H. schw. Panten	6 ⁹⁵	Dam. Nachhemd pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	2 ²⁵	Tanzhemd mit 100 g. Pin- nats und Mer- schettin.	5 ⁹⁰
Wäsche uch mit Futter, Qual.	68	Bettuch 2,5 cm breit, mit Futter, Linnen Qual.	2 ⁰⁰	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	9 ⁰⁰	Dam. Nachhemd pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	2 ⁵	D. erhemd in derk. l. G. K. G. G.	2 ⁹⁰
Bett-Linn 1,50 cm breit, mit Futter, Qualität	98	Dow as-Schuch 2,5 cm lang, schw. Qual.	3 ⁹⁵	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	1 ⁰⁰	Dam. Nachhemd pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	3 ⁹⁵	D. erhemd in derk. l. G. K. G. G.	3 ⁹⁵
Bett-Garn st. 1,50 cm breit, mit Futter, Qualität	50	C. eas Bettuch 2,5 cm lang, schw. Qual.	4 ⁹⁵	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	5 ⁹⁵	Dam. Nachhemd pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	4 ⁹⁵	D. erhemd in derk. l. G. K. G. G.	4 ⁹⁵
Bett-Garn st. 1,50 cm breit, mit Futter, Qualität	1 ²⁵	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	6 ⁰⁰	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	6 ⁰⁰	Dam. Nachhemd pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	4 ⁹⁵	D. erhemd in derk. l. G. K. G. G.	4 ⁹⁵
Stann. er. ein 1,50 cm breit, mit Futter, Qualität	1 ⁹⁵	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	6 ⁰⁰	1 Garnur Linn 1. H. G. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	12 ⁰⁰	Dam. Nachhemd pa. W. G. G. st. M. G. G. K. G. G.	4 ⁹⁵	D. erhemd in derk. l. G. K. G. G.	4 ⁹⁵

Gratis
Bei Einkauf von
H. 20.-
erhalten Sie einen
Nachkassen mit In-
halt gratis

Wäsche- u. Baumwollhaus

Frauenneck

Schüssergasse 9
am Altmarkt

Spar-
marken-
Kauf

Weiterer Zusammenschluß katholischer Banken

R. v. F. Rom, 30. Januar.
(Von unserem Vertreter.)
Als Mitglied in der Konzentrations- und Stützungsaktion der kath. Banken Italiens wird jetzt vom Zusammenschluß dieser Banken in den Marken und in den Abruzzen berichtet. Dieser Tage wurde in Rom als neue Gesellschaft die „Banca della Marcha degli Abruzzi“ gegründet. Das Anfangskapital beträgt 14 Millionen Lire, von denen die vorgeschriebenen drei Zehntel bei der Banca d'Italia einbezahlt wurden. Das neue Institut wird seinen Sitz in Ancona haben und umgehend seine Tätigkeit beginnen, wobei zunächst die zwölf bestehenden kleinen kath. Banken der Marken und der Abruzzen in die Gesellschaft übernommen werden. Bei der Begründung des neuen Unternehmens ist in erster Linie das Zentralfreditinstitut beteiligt.

In deutschen nichtkatholischen Blättern hat man aus Anlaß dieser Stützungsaktion, in der die neueste Gründung ein einzelnes Glied ist, Kommentare verbreitet, die doch ganz erheblich über das Ziel hinausschießen. Es wird so dargestellt, als handele es sich um eine besondere Initiative Mussolinis, der sich durch seine Rettung der kleinen katholischen Volksbanken, die seinerzeit von der italienischen Volkspartei gegründet worden seien, den Vatikan zum besonderen Danke verpflichtet habe. Der Bankrott einer Reihe katholischer Provinzbanken würde das Ansehen der katholischen Religion auf dem Lande gefährdigen. Es ist ganz unverständlich, wie man zu solchen Übertreibungen der tatsächlichen Verhältnisse kommen kann. Es ist allgemein bekannt, daß der Vatikan rechtzeitig vor Beginn der ganzen Aktion demontiert hat, daß er irgendetwas an der Angelegenheit beteiligt sei. Andererseits betonte der „Observatore“ ausdrücklich, daß es natürlich erfreulich sei, wenn durch eine Sicherung dieser Banken das Wirtschaftsleben, namentlich dasjenige der ländlichen Bevölkerung, gestützt werde. Von dieser Seite hatte man also in erster Linie das wirtschaftliche Moment im Auge. Und das dürfte auch das allein ausschlaggebende sein und bleiben. Wenn der italienische Staat und das italienische Großkapital den Zusammenbruch einer großen Zahl mittlerer und kleinerer Volksbanken verhindern helfen, so wissen sie durchaus, was sie tun. Die Rückwirkungen auf das gesamte wirtschaftliche und politische Leben Italiens würden sicher nicht gering anzuschlagen sein. Es ist kaum anzunehmen, daß die finanziellen Verhältnisse Italiens heute schon so stabil sind, daß sie solche Erschütterungen vertragen könnten. Man braucht sich schließlich nicht zu wundern, wenn innerhalb Italiens selbst vereinzelt solche Übertreibungen laut werden. Daß aber im Ausland, und zumal in der Linkspresse, die bisher für die Aktion Mussolinis keine besonderen Vorbeere überhast hatte, nun eine Forderung des Bankrotts neuerdings Mussolini daraus hergeleitet wird, ist ein ziemlich starkes Stück.

Gereizten in Hoheneichen-Hollerwitz

im Februar, März und April.
21. bis 25. Februar für Männer,
11. bis 15. März für Reichswehrsoldaten,
18. bis 22. März für Studenten (von P. Lehmann
S. J., Hochschullehrer in Leipzig),
24. bis 28. März für Lehrer und akademisch gebildete
Personen (P. Lehmann),
28. März bis 1. April für Jungmänner,
2. bis 6. April für Mittelschüler (P. Kroppenberg),
8. bis 12. April für Priester (P. Kroppenberg).

Von der deutschen Luftfahrt

Im Reichsverkehrsministerium tagte am Mittwoch der Beirat für das Luftfahrtwesen zum ersten Male in seiner neuen Berichtsperiode 1929/30. Den Vorsitz führte der Leiter der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums, Ministerialdirigent Dr.-Ing. e. H. Brandenburg. Der Reichsverkehrsminister, der den lebhaften Wunsch hatte, die Mitglieder des Beirats persönlich zu begrüßen und die Leitungen der Verhandlungen zu übernehmen, war daran leider dienstlich verhindert worden.

Erörtert wurden die Schaffung des Luftverkehrsnahes für das kommende Flugjahr, der Stand der Ausführungsbestimmungen zum Luftverkehrsgesetz, die Entwicklung des Flugversicherungsdienstes sowie die Fortsetzung der Arbeiten an der Schaffung einer Luftkarte von Deutschland. Die auf diesen Gebieten vom Reichsverkehrsministerium getroffenen Maßnahmen wurden vom Beirat anerkannt und gutgeheißen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde ein Verkehrsausschuß gebildet, der aus folgenden Herren besteht: Stadtrat Dr. Adler, Rechtsanwalt Dr. Konrad, Hauptmann a. D. Willy Meyer, Direktor Sommer, Direktor Wronski und dem Leiter der Luftfahrtabteilung im Deutschen Verkehrsband Herrn Binder.

Die Beratung eines vom Deutschen Verkehrsband angehenden Vorschlags für eine weitere Ausgestaltung des Beirats wurde für die nächste Sitzung zurückgestellt. Weiterhin nahm der Beirat einstimmig folgende Entschliessung an: „Der Beirat für das Luftfahrtwesen steht mit Belogen, daß

die deutsche Luftfahrt in ihrer Weiterentwicklung durch die starke finanzielle Beschränkung gefährdet wird. Er befürchtet, daß sie von der Konkurrenz der ausländischen Luftfahrt in naher Zukunft überflügelt und dann erdrückt werden wird. Der Beirat bittet den Herrn Reichsverkehrsminister, dafür einzutreten, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Lebensfähigkeit der deutschen Luftfahrt in allen ihren Teilen (Industrie, Verkehr und Forderung) zu sichern.“

Leipziger Sender

Sonabend, 2. Februar:
12.00 Uhr: Schallplattenkonzert. (Homocord-Platten.)
15.00 Uhr: Frostmeldungen.
16.00 Uhr: Konzert.
17.45 Uhr: Funkwerbernachrichten.
18.00 Uhr: Funkpoststunde.
18.20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
18.30 Uhr: G. von Enfersen, G. W. Miffert: Spanisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.)
19.00 Uhr: Prof. Dr. Georg Witkowski, Leipzig: „Leffing, der Melodienströmer“ II.
19.30 Uhr: Rtg. Rat Dr. Fritz Rappan, Dresden: IV. „Das Lebensgefühl des 19. Jahrhunderts in Westeuropa.“
20.00 Uhr: Rheinischer Frohsinn.
22.00 Uhr: Arbeitsnachweis, Schneebericht, Wettervorhersage, Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagprogramms und Sportfunk.

Dresdner Schlachtlehmarkt vom 7. Febr.

Muttrieb: 16 Ochsen, 20 Bullen, 9 Kühe, 601 Kälber, 22 Schafe, 421 Schweine, zusammen 1152 Stück. Die Preise betragen nach amtlicher Feststellung für 50 kg Lebendgewicht in Reichsmark: 1. Rinder: 1. Kälber: 1. —, 2. 75—81, 3. 70—74, 4. 60—68, 3. Schafe: 1. Keine Rott, 4. Schweine: 1. 70—81, 2. 78—79, 3. 70—77. Geschäftsgang: Rinder, Kälber, Schafe, Schweine mittel. Ueberstand: 39 Rinder (16 Ochsen, 16 Bullen, 7 Kühe), 13 Schafe. Anmerkungen: Die Preise sind Marktpreise für nächsten gewöhnlichen Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufshaus, Umjahre sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, ergeben sich also wesentlich über die Stallpreise.

Rechtsanwältin in der politischen Zeit. Dr. Margarete Engel, Dresden, hat den nächsten Teil mit der Beilage Dr. Max von der Treben in der Dresdner Zeitung veröffentlicht.

Katholisches Casino zu Dresden
In den am
Sonntag, den 10. Februar 1929
hat findenden

Familienabend mit Tanz
Im Kurfürstensaal des „Palais des Arts“
laten Mitglieder, Freunde und Gönner herzlich ein
er Vorstand.

**Jugend-Musikgruppe
des Bannvereins Dresden-Coll.**
Sonntag den 10. Februar 1929, abends 7 Uhr
Summerliches Konzert mit Tanz
in kleinen Saal der „Contantia“
Wohle willkommen!

**Leumers
Faschingsartikel**
Spielwaren - Zeumer
Dresden, Schloßstraße 22
Karnevals - Ausstellung eröffnet

Restaurant Solbeinhol
Dresden-H. 16, Solbeinstraße 119, Ecke Fürstentor
empfiehlt feine Räumlichkeiten
den werken Glaubensgenossen
Eigene Schächerei, jede Woche Schlach für
Syphonversand von nur erstklassigen Bieren
nach sämtlichen Stadtteilen bis 1 Uhr nachts
RUF 34209 **BENNO WOBST**

Viktoria-Keller
(Ulz-Palais) - Dresden - Waisenhausstr. 26
bietet allen seinen werken Gästen von Küche
und Keller das Beste zu niedrigsten Preisen
Ab 630 abends Unterhaltungsmusik
der beliebten Hauskapelle
Mittagsgedecke von 90 Pl. an

Gewöhnen Sie sich an
den jederzeit knappeigen, hochwertigen Nährsalz
enthaltenen, bestbekanntesten
Filmfischzweibau
Lieferall erhältlich

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz a. G.
Zweigniederlassung Dresden
Wir empfehlen:
Für die **Fastnachts-Bäckerei:**
Marmelade und Konfitüren:
Gemachte Weintrauben-Marmelade ganz besonders preiswert, Pfund 80 Pl.
Pflaumen-Konfitüre mit ganzem Fruchtstück Pfund 80 Pl.
Aprikosen-Marmelade Pfund 80 Pl.
Kirschen-Marmelade ohne Kern Pfund 80 Pl.
Ganzes-Konfitüre Pfund 80 Pl.
Aprikosen-Konfitüre Pfund 80 Pl.
Kirschen-Konfitüre Pfund 80 Pl.
Erdbeeren-Konfitüre Pfund 80 Pl.
Besondere **Kirsch-Marmelade** Pfund 80 Pl.
Ananas-Konfitüre Pfund 80 Pl.
Pflaumen-Konfitüre Pfund 80 Pl.
Hellas dickes und süßes Thälinger Pflaumenmarmelade Pfund 80 Pl.
Schweineschmalz bestes nordamerikan. Pureland, von allerersten
Abblenden in frischeren Beschaffenheit, Pfund 85 Pl.
Rinderfett Pfund 80 Pl.
Kokosfett „Edazetin“ 70 Pl. je 1-Pfund-Tafel
Jedes Konkurrenzprodukt an Güte, Reinheit und
Fettgehalt übertrifft, aber wesentlich billiger.
Weizenmehl
In seit Jahren bewährten, ausgiebigen guten Qualitäten
Feines Weizenmehl 000 Pfund 22 Pl.
Assam-Mehl, weiß Pfund 24 Pl.
Bestes Kaiser-Auszugmehl, grüß Pfund 26 Pl.
Diamant- und Eger-Auszugmehl Pfund 27 Pl.
Diamant-Mehl Pfund 28 Pl.
Nachtischmehl, blendend weiß Pfund 27 Pl.
Allerbestes Heidemehl zum Pflanzbacken 37 Pl.
Backzucker bester weißer 29 Pl. an | **Feine Korinthen** Pfund 78 Pl.
Für den **Fastnachts-Schmaus:**
Fleischsalat nur erstklass. Zutaten, in vorzüglicher Mayonnaise, auf
Bestellung gleichmach soll arrangierte Platten, Pfund 140 Pl.
Ostsee-Deilanteß-Berlinge in Bouillon, Tomaten, Weis und
Hirse-Pickles Pfund 130 Pl.
Blauweiss-Berlinge Pfund 130 Pl.
Ostseebratlinge in Käsepfanne Pfund 130 Pl.
Ritzbratlinge in Remoladessauce Pfund 130 Pl.
Nutsen Pfund 130 Pl.
Gelee-Fische in Glaspäckchen
Aal in Gelee 100-g-Glas 130 Pl.
Hering in Gelee 100-g-Glas 130 Pl.
Lachs in Gelee 100-g-Glas 130 Pl.
Krabben in Gelee 100-g-Glas 130 Pl.
Königskrebs bester Ersatz für Kraken-Hummern
1/2 Dose 250 Pl., 1/2 Dose 450 Pl.
Mayonnaise-Soße sofort gebrauchsfertig
ausgewogen Pfund 140 Pl., Glas von 75 Pl. an
Für die **Brötchen-Platten:**
Pflaume-Sardellen-Paste Pfund 45 Pl.
Vorsalziges Lach-Paste Pfund 45 Pl.
Garnierter Liptauer Käse Pfund 30 Pl.
Echter Rucher-Käse Dose von 110 Pl. an
Deutscher Kraken-Kaviar Pfund 18 Pl.
Feinste Gänseleb-Pasteten Terzine 100, 210, 250 Pl.
Echter Malossol-Kaviar Pfund-Dose von 450 Pl. an
Hawai-Ananas in Schalen Dose zu 50, 140 u. 200 Pl. an
Für den vollen Einkaufswert veranlassen wir Ein-
kaufs-Gutscheine, die am Jahreschluss mit
6% Rückvergütung
in bar anbezahlt werden.

SARRASANI
Schluß
10.
Februar
Sonabend und Sonntag
an beiden Tagen
zwei große Vorstellungen
3 Uhr und 7.30 Uhr
Rechtzeitig Plätze sichern
Vorverkauf: Zickkassette ab 9 Uhr morgen
10-Uhr durchgehend ab 10.11.
Tel. 5998/99, Re-ka. Tel. 3431.

Dresdner Theater
Opernhaus
Sonabend
Wührer Knecht
Gloria Seilrecht
Der Bajazzo (7)
Sonntag
Wührer Knecht
Der fliegende Holländer
Schauspielhaus
Sonabend
Pflaumenoffels
Emilia Galotti (1/2, 8)
Sonntag
Pflaumenoffels
Emilia Galotti (1/2, 8)
Die Komödie
Sonabend
Max und Moritz (1/2, 4)
Sindermärchen
Das Geld auf der Straße
Sonntag
Max und Moritz (1/2, 4)
Das Geld auf der Straße
Kellern-Kücherei
Sonabend
Dornröschen 4
Sindermärchen
Sonntag
Dornröschen (2)
1/2 Probe Abendvorstellung
6 mäßige Preise
Friederike
Die neue Urban-Operette
Friederike (1)
Albert-Theater
Sonabend
Pflaumenoffels
Weihnachtsfahrt (1/2, 4)
Sonntag
Pflaumenoffels
Weihnachtsfahrt (1/2, 4)
Gastspiel des Moskauer
künstl. Ballett Ensembl.
Sonntag
Edler-Buchhalter
Minna von Barnhelm
Pflaumenoffels
Weihnachtsfahrt (1/2, 4)
Robert und Bertram
Sonntag
Königs-Operale
Täglich abends 8 Uhr
sensationelles Programm